

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 15,50 M. Für Gebiete außerhalb des Reichsgebietes sind besondere Bestimmungen zu treffen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., jährlich. Zahlungsmittel: per Brief für Deutschland und Österreich 20.— M., Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 8-9.

Die abgesetzten Kopierrechte über Herrn Baum kostet 3.— M. einschließlich Leveragepflicht. Klein-Kopiergen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leveragepflicht. Ausland-Kopiergen laut Tarif. Wort 1,50 M., einschließlich Leveragepflicht. 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen und Stellen-Gesuche Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Breslauer Menschenhinder verurteilt

#### Ein Ausnahmefall

M. Breslau, 14. März.

Der am 28. Februar vor der 2. Strafkammer begonnene Prozeß gegen den Oberjäger Bisup, den Unteroffizier Martin Brestka und den Offiziersstellvertreter Walter Sand am heutigen Montag sein Ende. Die Verkündung des Urteils erfolgte nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, nachdem sowohl der Staatsanwalt, wie auch die Verteidigung auf weitere Ausführungen verzichtet hatten. Den ganzen Vormittag hindurch hatte der Gerichtshof beraten. Das Urteil lautet:

Gegen Walter wegen schwerer Körperverletzung in zehn Fällen auf drei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Bisup ebenfalls wegen gefährlicher Körperverletzung in zehn Fällen auf vier Jahre Gefängnis und gegen Brestka wegen gefährlicher Körperverletzung in fünf Fällen auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis. Mildernde Umstände wurden den Angeklagten verweigert, vielmehr die Rohheit, mit der wehrlose Gefangene behandelt worden waren, als strafverschärfend gekennzeichnet. Nur in einigen wenigen Fällen konnte der Milderungsersatz vom 20. 8. 1920 angewendet werden, und zwar in den Fällen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den politischen Ereignissen jener Tage des Rapp-Putsch standen. Bei dem Angeklagten Walter kam weiter in Betracht, daß er als Vorgesetzter mit Befehlsgewalt den Anordnungen der Offiziere, die eingebrachten Gefangenen unter keinen Umständen zu mißhandeln, zuwidergehandelt hatte. Allen Angeklagten wurden sieben Monate und vier Wochen Gefängnis auf die existierende Unterbringungshaft in Anrechnung gebracht. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Es ist, soviel wir wissen, der erste Fall, daß nach der Revolution ein deutsches Gericht gegen Verbrecher im Waffentod ein Urteil gefällt hat, welches dem Rechtsempfinden des Volkes einigermaßen entspricht. Vor einem Militärgericht wären die Angeklagten zweifelsohne bei weitem milder behandelt worden. Das Urteil ist nicht hart, denn die Angeklagten haben mit einer beispiellosen Rohheit Gefangene mißhandelt, die völlig wehrlos, ja sogar unschuldig waren. Aber selbst, wenn die Gefangenen irgendein Vergehen begangen hätten, wäre die Tat der Angeklagten nicht milder zu beurteilen gewesen.

Völlig überflüssig erscheint uns in der Urteilsbegründung der Hinweis darauf, daß die Angeklagten den Befehlen ihrer Vorgesetzten, die Gefangenen unter keinen Umständen zu mißhandeln, zu widergehandelt hätten. Es ist von mehreren Zeugen das gerade Gegenteil bezeugt worden, und nach allen Vorgängen, die wir innerhalb der letzten Jahre beobachten konnten, läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß diese Mißhandlungen nur möglich gewesen sind, weil sie zum mindesten die stillschweigende Billigung der Offiziere fanden, wenn sie nicht gar auf Befehl oder unter dem Einfluß der Offiziere vorgenommen wurden. Die Beweisaufnahme hatte geradezu barbarische Grausamkeiten enthüllt. Wir können an ihnen ermeslen, welche Schreckensherrschaft über Deutschland heringebrochen wäre, wenn die Rappisten zur Herrschaft gekommen wären.

Der Breslauer Fall ist aber, das muß besonders hervorgehoben werden, keine Einzelercheinung. Die Freikorps haben sich überall derartige Verbrechen zuschulden kommen lassen. Und sie alle haben heute noch keine Sühne gefunden. Angeführt sind vor allem die vielen Mordtaten, die in Berlin und im Ruhrgebiet verübt worden sind. Angeführt ist auch der Mord an den acht Breslauer Arbeitern, die ebenfalls in der Folterkammer des Generalkommandos gereinigt und dann beiseite geschafft worden sind von derselben Kuloabande, der die drei soeben verurteilten Helden als besondere Helden angehörten.

### Kniebeuge vor Ruhr

Im Reichstag wurde am Montag ein Gesetz zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages vorgelegt. Das Gesetz bezieht sich auf die Entmilitarisierung Deutschlands; es soll den Forderungen der Entente, die Ortschaften, die Einwohnerwehren zu beseitigen, endlich nachkommen. Das Gesetz ging vor einigen Tagen schon durch den Reichsrat. Der Minister des Innern Koch zeichnet dafür verantwortlich. Im Reichstag wurde das Gesetz jedoch von dem Außenminister Dr. Simons begründet, der ausführte, daß das Gesetz nicht aus innerpolitischen Gründen eingebracht sei, sondern daß außenpolitische Verhältnisse dazu gezwungen hätten. Minister Koch erklärte dann, daß das Gesamtministerium hinter dem Gesetz stehe, und daß insbesondere er sich für die Durchführung einsetzen werde.

Die Vorlage rief eine lebhaftige Debatte hervor. Es ergibt sich nämlich, daß die Ruher die Gesetze erneut eine Bewegung vor Bayern und vor allen Ortschaften gemacht haben. Während in dem Entwurf des Reichsrats

ausdrücklich die Einwohnerwehren und die Selbstschutzbünde genannt und verboten wurden, sind in der Vorlage, die dem Reichstag zugegangen ist, diese Organisationen nicht mehr namentlich aufgeführt. § 1 des Gesetzes bestimmt:

„Es sind zu verbieten: Vereinigungen aller Art, welche 1. ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Militärmasse ausbilden oder üben, oder ausbilden oder üben lassen, 2. sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinauslaufen.“

Die Folge dieses Gesetzes wird sein, daß Einwohnerwehren und Ortschaften in Zukunft einfach keine militärischen Übungen mehr abhalten, im übrigen aber als militärische Organisationen bestehen bleiben. Denn das Gesetz verbietet nicht das Bestehen derartiger Organisationen überhaupt, sondern nur das Abhalten militärischer Übungen. Es wird also mit dem Gesetz der alte Schwindel fortgesetzt, der länger als zwei Jahre zum Schaden unserer auswärtigen Lage betrieben wurde.

Wenn das Reich ernstlich gewillt wäre, mit den militärischen Spielereien endgültig Schluß zu machen, dann brauchte es nicht davor zurückzuschrecken, alle geheimen militärischen Organisationen, namentlich auszuführen und ihr Weiterbestehen einfach zu untersagen. Die Regierung aber ist wiederum vor der Regierung Raab und vor dem Nachwort der preussischen Junker zu Kreuze gekrochen. Der Ortschaftswind wird also weiterblühen und neue Katastrophen zu Folge haben. Wehrlos gemacht sind nur die Arbeiter. Die Bourgeoisie aber bleibt mobil, bleibt vor allem in Bayern unter Waffen.

Auch das neue Gesetz ändert nichts an diesem Zustand.

### Die Lage in Kronstadt

DE. Teritz, 14. März.

Der Berichterstatter des „Öst-Express“ hat direkte Informationen aus Kronstadt einziehen können: In Kronstadt herrscht Ruhe und Ordnung. Die Fabriken haben ihren Betrieb wieder aufgenommen. Unter den Aufständischen besteht völlige Einmütigkeit. Die öffentliche Meinung Europas wird durch die amtlichen Rados der Sowjetregierung irreführt. Nachdem Kallinin es abgelehnt hatte, auf der entscheidenden Versammlung in Kronstadt der Resolution der Aufständischen seine Zustimmung zu geben, entsandten die Matrosen eine Delegation nach Petersburg. Die Delegierten wurden zurückgehalten und Jünger der Roten Kriegsschulen nach Kronstadt beordert. Darauf wurde auf dem Kreuzer „Petropawlow“ beschloßen, ein Revolutionskomitee mit Petrischenko, Zolowenko und Arshipow an der Spitze zu bilden, das die Regierungsgewalt in Kronstadt übernahm. Der General Koolosoff und die übrigen Offiziere sind keineswegs als Führer der Bewegung hervorgetreten, sie verstehen nur als militärische Fachleute ihren Dienst. Die irreführenden Funksprüche und Proklamationen der Sowjetregierung werden von den „Zwestija“ des Kronstädter Revolutionskomitees ungefähr abgedruckt, mit der Bemerkung, daß jeder Kommentar überflüssig sei. Das Revolutionskomitee setzt sich ausschließlich aus Matrosen zusammen.

Kopenhagen, 14. März.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Sonntag morgen wurde der Artilleriekampf zwischen Kronstadt und Petersburg wieder aufgenommen. Die militärische Lage ist unverändert, und es besteht keine tatsächliche Grundlage für die von der Sowjetregierung verbreitete Meldung, daß die Lage eine für die bolschewistischen Truppen günstige Wendung genommen habe. Die heute eingetragenen bolschewistischen Zeitungen veröffentlichen eine Rede, die Lenin auf dem letzten Bolschewistenkongreß in Moskau gehalten hat. Lenin gab zu, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch die Regierung hindere, die kommunistischen Grundzüge nach ihren Wünschen durchzuführen. Er gab auch zu, daß sich überall in Rußland Bewegungen gegen die Diktatur des Bolschewismus zeigen. Schließlich erklärte er noch, daß der russische Soldat allmählich die Fähigkeit zum Arbeiten verloren habe und ein Bandit geworden sei.

### Trojkys Ultimatum an Finnland

HK. London, 14. März.

„Times“ melden: Die Garnison von Kronstadt hat Lebensmittel aus Europa erhalten. Trojky sandte an Finnland ein Ultimatum, in dem er fordert, daß die finnische Regierung nicht mit Kronstadt unterhandeln solle, und in dem er gegen die Rannerheim zugesandte Absicht, gegen die Bolschewisten aufzumarschieren, protestiert.

Der Uebergang der Bagdad-Bahn in den Besitz Frankreichs. Das französisch-türkische Sonderabkommen belagt bezüglich des Uebergangs der Bagdadbahn an Frankreich. Die Eisenbahn selbst wird Frankreich gehören, während das Gebiet, auf dem sie erbaut ist, Eigentum der Türken bleibt. Die Zölle werden nördlich der Bagdadbahn von der türkischen Regierung, südlich davon von der französischen Regierung erhoben. Die Linie selbst ist keinerlei Zollregime unterworfen.

### Der Ueberfall auf Georgien

Von L. Martow.

Schon zur Zeit des polnischen Krieges hat sich in der inneren und äußeren Politik Sowjet-Rußlands eine gefährliche Tendenz bemerkbar gemacht. In dem Maße, wie die Unzulänglichkeit der abenteuerlichen Versuche sich erwies, auf den Bajonetten der zwangsweise mobilisierten anti-kommunistischen russischen Bauern die soziale Revolution nach Europa zu tragen, zeigte sich in der Militärpolitik der Bolschewiki, immer noch unter der Flagge der Idee der Verpflanzung der Weltrevolution nach dem Westen, das Bestreben, das Reich der Romanows, das infolge der Bemühungen zuerst des deutschen und dann des englischen Imperialismus zerstückelt wurde, in seiner früheren Größe und Einheit wieder aufzurichten.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe trägt der äußeren Politik der bolschewistischen Regierung die Sympathien der bürgerlichen und Kleinbürgerlichen russischen Nationalisten ein, und da sie gleichzeitig in moralischer und politischer Hinsicht die Stellung des vom Bolschewismus hervorgebrachten Militarismus verstärkt, der dem Kommunismus recht gleichgültig gegenüber steht, so ergibt sich naturgemäß die Verflechtung einer Reihe von mannigfachen Gruppeninteressen einer äußeren Hülle die Politik der militärischen Expansion des neuen revolutionären Rußlands zu behaupten. Und je mehr die „Macht der Sowjets“, die jeden proletarischen Klasseninhalt verloren hat, sich von der realen Kontrolle der arbeitenden Klassen freimacht, desto mehr gewinnen in der Politik der Sowjetregierung die Interessen dieser Expansion, die Interessen dieser eigenartigen „Großmachtpolitik“ die Oberhand über die elementaren Grundbegriffe des Sozialismus und die realen Interessen der russischen und internationalen Revolution.

Dem Westen gegenüber scheint die Politik der bolschewistischen Regierung, nach dem Mißerfolg in Polen, auf den einzigen vernünftigen Weg des Abschlusses von Friedensverträgen und anderer Abkommen mit den kapitalistischen Staaten zurückgekehrt zu sein. Aber dank der Halbheit, die der ganzen Politik Lenins und Trojks zu eigen ist, und dank ihrer Neigung, zwischen den heterogenen Elementen, die die russische kommunistische Partei bilden, hin und her zu pendeln, haben die Expansions- und Abenteuerbestrebungen sich in der Ostpolitik der Sowjetregierung einen neuen Ausweg verschafft. Das Ziel der Förderung der Weltrevolution durch die Zertrümmerung der englischen Macht in Asien hat hier als Kulisse für eine Politik gedient, die in Wirklichkeit darauf gerichtet ist, das kaukasische Petroleum, die Herrschaft über die transkaukasischen Stämme und die Vorherrschaft am Kaspischen Meer für Rußland zu verfestigen. Die Okkupation von Aserbeidschan, der Kongreß der Völker des Ostens in Baku, die schlecht gezielte Komödie der Sowjetumwälzung in Armenien, die Befestigung des Bündnisses mit den türkischen Kemalisten, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens, Bucharas und Afghanistans — das sind die Stappen dieser Politik, die nach ihrem objektiven Sinn als eine Politik der Hineintragung der sozialen Revolution nach England betrachtet werden könnte, wenn nicht die gleichzeitigen beharrlichen Verhandlungen über einen Handelsvertrag und die Abgrenzung der Einflusssphären mit England, gegen den subjektiven Willen der Bolschewiki selbst die ganze Bedeutung dieser Politik dahin zurückzuführen würden, daß der russische Staat seine früheren strategischen und ökonomischen Positionen im Osten wiedererlangt, — zum Schaden und auf Kosten der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Interessen der östlichen Völker.

Kann unter den obwaltenden Verhältnissen das Erreichte ein anderes sein, wenn der Kommissar für nationale Fragen, Stalin, in seinen Thesen über die nationale Frage, die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei aufgegeben worden sind, genötigt ist, die Arbeit seiner Partei gegenüber den nicht-russischen Nationalitäten in Rußland selbst folgendermaßen zu charakterisieren („Zwestija“ vom 10. Februar d. J.):

„Die in den Grenzmarken tätigen großrussischen Kommunisten, die in den Bedingungen der „Oberherrlichkeit“ ihrer Nation groß geworden sind und die nationale Unterdrückung nicht kannten, sehen nicht selten die Bedeutung der nationalen Besonderheiten in der Parteiarbeit herab oder rechnen überhaupt nicht mit ihnen, kümmern sich bei ihrer Arbeit nicht um die Eigenart der Klassenstruktur, Kultur, Lebensart und geschichtlichen Vergangenheit des betreffenden Volkes und vulgarisieren und verzerrten auf diese Weise die Politik der Partei in der nationalen Frage. Dieser Umstand führt zur Abkehr des Kommunismus in der Richtung der Großmachtpolitik, der Kolonialisierungstendenz und des großrussischen Chauvinismus.“

In noch höherem Maße als in Rußland selbst entfalten sich diese eigenartigen Blüten außerhalb der Grenzen des Sowjetgebietes, wo die Politik tatsächlich von der nackten bewaffneten Macht geleitet wird.

Die letzte Stufe dieser Orientpolitik der Bolschewisten ist der ohne vorherige Kriegserklärung vorgenommene Einbruch der Roten Armee in Georgien.



Den Abschluß eines Friedensvertrages mit Georgien hat die Sowjetregierung nicht, wie es den Interessen des russischen Volkes am ehesten entsprochen hätte, zur Organisierung des Warenaustausches zwischen Rußland und Georgien ausgenutzt, sondern sie hat, unter dem Deckmantel der diplomatischen Unantastbarkeit der Sowjetgesandtschaft, das Ziel verfolgt, die georgischen Kommunisten bei der Vorbereitung eines Staatsreiches zu unterstützen. — In einem Lande, in dem hinter der Regierung und der herrschenden Sozialdemokratischen Partei die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Bauern steht, die ihrem Willen gleichzeitig in der Konstituante und in frei, nicht nach Moskauer Rezept gewählten Sowjets Ausdruck verliehen hat, — in einem solchen Lande konnte eine ähnliche Umwälzung nur als ein Abenteuer einer verschwindenden Minderheit geplant werden, die ihre ganze Kraft aus den Moskauer Millionen und aus der Unterstützung der russischen Bajonette schöpft, ergänzt durch die Aufhebung der verschiedenen Volkstämme in den Grenzmarken gegen das georgische Volk. Die polizeilichen Abwehrmaßnahmen, zu denen die georgische Regierung ihre Zuflucht nahm (Repressalien gegen die örtlichen Kommunisten), dienten als Anlaß für jene intensive Hege in der offiziellen Presse der Sowjetregierung, die in den letzten Monaten die öffentliche Meinung offensichtlich für einen eventuellen blutigen Zusammenstoß mit Georgien vorbereitete. Die ganze Frage wurde selbstverständlich immer so dargestellt, daß Georgien, — dieses kleine, schlecht bewaffnete, von der ganzen Welt abgeschnittene Land, — in freier Weise Sowjetrußland provozieren, — diesen Länderkoloss, der bedeutende militärische Kräfte im Kaukasus ansammelte und gemeinsam mit seinem Verbündeten, Mustafa Kemal Pascha, Georgien von drei Seiten mit einem eisernen Halbbring umschloß.

Nach der Eroberung Armeniens, die unter der Maske seiner „Sowjetisierung“ vorgenommen wurde, erlangten die bolschewistischen Kommissare noch einen weiteren Vorwand, um einen Druck auf Georgien auszuüben. Da in Armenien in Anbetracht völligen Fehlens einer jeden Industrie keinerlei soziale Wurzeln für den Sozialismus vorhanden sind, konnte der letztere nur als „Nationalbolschewismus“, nur als neue Abart des armenischen Nationalismus dorthin verpflanzt werden. Die ausgestellten Wechsel mußten bezahlt werden, — und so wurden denn die neugeborenen armenischen Bolschewisten auf die georgische Bezirke mit gemischter Bevölkerung verwiesen, ebenso wie vor einigen Monaten die neugeborenen mohammedanischen Bolschewisten in die gemischt-irachigen Bezirke Armeniens hindirigiert wurden.

Weiter ging nun alles wie geschmiedet: Der Streit zwischen Georgien und „Sowjetarmenien“ über die neutrale Zone ruft einen „Aufstand der mohammedanischen und armenischen Bauernschaft in den Grenzmarken“ hervor. Die „Aussiedlichen“ marschieren aus irgendwelchen Gründen gegen Tiflis, das im Zentrum des Landes liegt. Und die russische Sowjetregierung versichert gleichzeitig der ganzen Welt, daß sie mit der Angelegenheit nichts zu tun habe und wünschend den in Streit geratenen Völkern vermitteln wolle. In dem Augenblick aber, wo die „Aussiedlichen“ von der georgischen Armee geschlagen werden, bricht von Norden her, von der russisch-georgischen Grenze, vollkommen offen die Rote Armee in Georgien ein. Tiflis wird von den Georgiern geräumt, und nach dem Einmarsch der Roten Armee wird dort, wie das so üblich ist, ein „Revolutionärskomitee“ eingesetzt, das der Welt die Kunde übermitteln soll, daß laut dem Willen „der georgischen Arbeiter und Bauern“ Sowjetgeorgien geboren worden sei. Dies alles hinderte Tschitschewin allerdings nicht, in seinem Radio-Telegramm von dem Aufstand der von Georgien unterbrückten „Mohammedaner, Armenier und Mosolonen“ zu sprechen. Der letzte Hinweis, der von der Berliner „Roten Fahne“ mit einem Fragezeichen begleitet wurde, ist äußerst charakteristisch. Die Kolonien der Mosolonen, einer religiösen Sekte im Kaukasus, repräsentierten dort die russische besitzende Bauernschaft, mit deren Hilfe der Zarismus sehr geschickt seine repressivierende Kolonialpolitik im Kaukasus durchführte. Jetzt figurieren diese besitzenden Bauern als einer der Stützpunkte des „Kommunismus“ in Georgien.

Wie aggressiv in letzter Zeit die bolschewistischen Kreise, die die transkaukasische Politik leiten, gegen Georgien gesinnt waren, geht aus der in dem Petersburger „Iswestija“ vom 8. Februar veröffentlichten Erklärung des früheren Sowjetgesandten Kizow in Tiflis hervor, die er in der Mitgliederversammlung des kaukasischen Bureaus der Russischen Kommunistischen Partei abgab. Kizow erklärte:

„Wenn wir bisher die Schimpereien und Verleumdungen der herrschenden Kreise des menschenwütigen Georgiens wie das Geheiß eines Kropfes hinnahmen, so ist es jetzt zeitgemäß, Georgien zu erklären, daß es durch seine erbitterte Haltung dahin geführt habe, daß die Wollen sich verdichtet haben. Wenn unsere Vertreter bisher Jordanien versichert haben, daß kein kleines, nach katalanischem Wein duftendes Land keinerlei Interesse für uns bietet, so ist jetzt die Zeit gekommen, wo ihm erklärt werden muß, daß der Kaukasus nicht, wie er droht, das Grab Sowjetrußlands, sondern das Grab seiner Mitkämpfer, der zarischen Generale und Generälen, sein wird. . . Wenn die Bestie Jordanien in ohnmächtiger Wut noch die Möglichkeit hat, mit seinem verdorren Wein die Kommunisten zu trösten, so muß ihm gesagt werden, daß wir bloß die Hand auszustrecken brauchen, um ihn in jenes Grab zu stützen, das er uns prophezeit. . . Die Wollen haben sich verdichtet. Aber in dem Augenblick, wo der Donner über Georgien ertönen wird, wird der rote Stern aufsteigen!“

In ähnlichem Stil haben die Kettenhunde der österreichisch-ungarischen Diplomatie geheult, als sie im Juli 1914 das Volk zum Ueberfall auf Serbien vorbereiteten.

Aber selbst Oesterreich hat vor dem Ueberfall auf den kleinen Nachbarstaat ihm ein Ultimatum gestellt. Die bolschewistische Regierung hat auch diese Formalität als überflüssig erachtet, an deren Stelle der mit ihrer Unterstützung organisierte „Aufstand“ in Georgien getreten ist.

Jetzt, wo die Roten Truppen schon im Gouvernement Kutais ungebändert schalten und walten, spricht Lenin in seinem Bericht an den Moskauer Sowjet davon, daß die Politik Rußlands im Kaukasus das Ziel verfolge, unter den mit einander kämpfenden und streitenden Völkern (die, wie wir hinzufügen wollen, von den bolschewistischen Claqueen gegeneinander ausgehetzt werden) die Ordnung herzustellen. Das war auch nichts der Vorwand jener Großmachtpolitik, die beispielsweise Oesterreich gegenüber den Balkanvölkern verfolgte, und deren Inhalt darin bestand, eine Nation gegen die andere auszuspielen, und jene „Unordnung“ zu schaffen, die unzählige Male als Vorwand für die Einmischung in die Balkanpolitik gedient hat.

Die ganze transkaukasische Politik der Bolschewisten wird nach derselben Schablone geführt. — Wir fragen aber, was dieses Großmachtsstreben Rußlands in den anderen Ländern mit den Grundätzen des Sozialismus und den Interessen der proletarischen Revolution gemein hat!

## Der Unsinn des Friedensvertrages

### Rückverkauf abgelieferter Schiffe an Deutschland

London, 14. März.

Im Unterhause wies am Sonnabend ein Abgeordneter darauf hin, daß noch 140 vormalige deutsche Schiffe vom Schiffsfahrministerium zum Verkauf angeboten werden. Er jagt, dies sei eine sehr ernste Frage zu einer Zeit, wo fast drei Millionen Tonnen britischer Schiffe in den englischen Häfen liegen. Carlow fragte, ob es wahr sei, daß die vormaligen deutschen Schiffe an Deutschland zurückverkauft werden sollten. Oberst Wilson erwiderte, über die Frage des Rückverkaufs der Schiffe an Deutschland habe die Reparationskommission die Entscheidung.

An diesem Vorgang zeigt sich die unsinnige Wirkung mancher Bestimmungen des Friedensvertrages. Deutschland hat die geforderten Handelschiffe abgeliefert und damit die deutschen Reeder in den Ruf geschlagener Männer gebracht, deren vaterländisches Opfer mit Abfindungen und Subventionen vergolten werden muß. Eben erst hat ihnen der Reichstag neue Millionen bewilligt. Währenddessen stellt sich heraus, daß die abgelieferten Schiffe in den englischen Häfen wie altes Eisen herumliegen. Und für altes Eisen werden die deutschen Reeder die Schiffe mit den Steuermillionen des Reiches zurückkaufen. Ein herrliches und hochpatriotisches Geschäft! Und ein treffliches Zeugnis für den göttlichen Charakter der wirtschaftlichen und politischen Ordnung des Kapitalismus.

## Opposition gegen die Sanktionen

### Die Haltung der englischen Liberalen

U. I. London, 14. März.

Hier fand eine Konferenz unabhängiger liberaler Parlamentarier statt zur Festlegung ihrer Haltung hinsichtlich der Sanktionsvorlage, die heute zur zweiten Lesung gelangt. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß die Sanktionsmaßnahmen Handel und Industrie Englands schwerer schädigen als Deutschland. Die Durchführung der Kaufpreisschabaz hätte als Wechselwirkung den Rückgang der britischen Ausfuhr nach Deutschland und dessen Nachbarländern zur Folge, da Deutschland selbst keine Nachbarländer mit deutschen Erzeugnissen überschwemmen wird. Das würde die Stilllegung weiterer englischer Fabriken zur Folge haben und die Arbeitslosigkeit in England erhöhen. Da die Arbeiterpartei für diese wirtschaftlichen Folgen jede Verantwortung ablehnt, den Sanktionen aber auch jork nicht wohlgesinnt ist, dürfte die Opposition sich stärker erweisen, als man zuerst angenommen hatte. Selbstverständlich ist es unwahrscheinlich, daß von liberaler Seite eine Alternative vorgeschlagen wird, da die Aussichten auf deren Annahme sehr gering sind.

## Pfeffer

Der Ausgang des Pfefferprozesses in Stargard hat den schlagen Beweis erbracht, daß die Ausnahmegerichte ihre Aufgabe, die Bildung von bewaffneten Banden zu verhindern, nicht erfüllen können. Er hat aber auch den ganzen Charakter dieser Ausnahmegerichte in größter Beleuchtung gezeigt. Die Ausnahmegerichte sollten in erster Linie verhindern, daß sich die Freikorps, die ihre ganze Unzuverlässigkeit und Gefährlichkeit während des Kapp-Putsch zeigten, unter irgendeinem Decknamen neu formierten, nachdem sie der Auflösung verfallen waren. Die außerordentlichen Gerichte sind aber bisher nur in zwei Fällen gegen die geheimen Formationen der Rechtsparteien eingeschritten: einmal gegen den Leutnant Müller, der in Schloß bewaffnete Häuser gebildet hatte, das andere Mal gegen den Hauptmann Pfeffer, der im Kreise Arnswalde ein früheres Freikorps versammelte und nach streng militärischen Richtlinien gliederte.

Die Beweise, die gegen die Angeklagten vorgebracht werden konnten, waren durchschlagender als die Argumente, die gegen die Weisenseer Kommunisten vorgebracht werden konnten. Sie waren ebenso schwerwiegend wie das Material, das gegen die Kommunisten aus dem Ruhrgebiet vorlag. Trotzdem wurden die beiden Angeklagten aus dem Offiziersstand freigesprochen, die angeklagten Arbeiter aber zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Die reaktionäre Presse jubelt über den Ausgang des Pfefferprozesses. Sehr mit Recht. Denn dem Interesse der Reaktion dienen die Freikorps, die Reaktion ist es, die heute die Umbildung der Freikorps in „Arbeitsgemeinschaften“ fördert und das Geld für diese konterrevolutionären Unternehmen spendet. Wenn die in „Arbeitsgemeinschaften“ umgewandelten Freikorps nicht dem monarchistischen Bestreben dienen, würde sich die Reaktion nicht mit aller Macht für ihr Weiterbestehen einsetzen. Und wenn der gegen Pfeffer gefällte Spruch ein Rechtspruch wäre, würde die Orgeschreie nicht triumphieren, sondern toben.

Die Rechtspresse benützt den Prozeß aber gleichzeitig dazu, nach dem Staatsanwalt zu rufen. Der Freispruch des verlappten Kriegesgerichts genügt ihr nicht; die Linkspresse soll durch harte Strafen eingeschüchert werden, damit sie es füberhin unterlasse, die Gegenrevolution bei der Arbeit zu stören. Wider besseres Wissen behaupten die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ gemeinsam, die „Freiheit“ habe mit gefälschtem Material operiert. Tatsache ist, daß vom Gericht sowohl als auch vom Staatsanwalt und von dem Ungelagten die Echtheit keines einzigen Dokuments abgelehnt wurde. Der Vorliegende des Gerichtes war gezwungen, diese Feststellung ausdrücklich zu machen. Ebenso erbärmlich ist der Vorwurf, der Entente sei das Material von uns aus zugänglich gemacht worden. Wir haben mit der Entente nichts zu schaffen. Wenn aber das Ausland das von uns veröffentlichte, in allen Teilen nachweisbar echte Material zum Anlaß ihrer Entwaffnungsforderung gemacht hat, so sind nicht wir die Schuldigen, sondern jene Kreise die offen und geheim die Wiedererstarkung des deutschen Militarismus anstreben und durch ihre verdrehten rische Tätigkeit die Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber erschweren. Bei der Orgesch und den verlappten militärischen Geheimorganisationen sind also die Schällinge am deutschen Volkslörper, die wahren Landesverräter zu suchen.

Die Reaktion hat ein Recht zum Triumph. Aber dieser Triumph wurzelt objektiv nicht in dem Ergebnis der unzulänglichen Beweisnahme, sondern in der Tatsache, daß die einseitig zusammengewinkelten Ausnahmegerichte ein Urteil gefällt haben, wie es den Interessen der Monarchisten entspricht.

Und somit ergibt sich folgendes: Die Ausnahmegerichte zeigen analog der bisher von ihnen gefällten Urteile, daß

sie nicht nur Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter, sondern auch Justiznrichtungen zum Schutze der Reaktion und der von ihr ins Leben gerufenen geheimen militärischen Verbände sind. Sie sind aber auch Ausnahmegerichte gegen die Presse, die sie unter Anklage zu stellen versuchen, ohne daß der Presse das Recht eingeräumt wird, sich zu wehren.

Im Reichstag wird gegen diese Pfeffergesichte noch ein ernstes Wort gesprochen werden müssen.

## Die Landtagswahlen in Mecklenburg

In Mecklenburg fanden am Sonntag die Landtagswahlen statt. Bis Montag mittag lag folgendes amtliches Wahlergebnis vor: U. S. P. D. 2338, S. P. D. 115 126, K. P. D. 13 924, Demokraten 12 200, Deutschnationale 81 507, Deutsche Volkspartei 51 885, Dorfbund 14 853, Wirtschaftspartei 10 007 Stimmen. 170 Bezirke stehen noch aus. Ein endgültiger Ueberblick läßt sich somit noch nicht gewinnen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark; gegen 90 Prozent der Wähler haben sich an den Wahlen beteiligt. Bei den Landtagswahlen im Juni 1920 erhielt die U. S. P. D. 24 567, die K. P. D. 1178 Stimmen. Nach der Spaltung gingen sämtliche Organisationen zu den Kommunisten über, auch das einzige Parteiblatt in Mecklenburg wurde kommunistisch. Der starke Rückgang der U. S. P. D. erklärt sich daraus, daß in der kurzen Zeit nach der Spaltung nicht die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten geleistet werden konnten. Insofern betrachtet, ergibt sich aber für heute schon die Tatsache, daß durch die Spaltung auch in Mecklenburg die revolutionäre Front geschwächt wurde. Die Kommunisten haben es nicht vermocht, die Wähler an sich zu fesseln, die bei der letzten Landtagswahl für die U. S. P. D. stimmten. Etwa 10 000 Stimmen sind in einem Jahre verloren gegangen. So zeigt sich auch an diesem Beispiel, daß die Moskauer Spaltungspolitik nicht revolutionär, sondern reaktionär wirkt.

## Die Ueberschichten abgelehnt

Elben (Ruhr), 14. März.

Den in Dortmund unter dem Vorh der Professors Franke gefällten Schiedsspruch wegen des Lohn- und Ueberschichtenabkommens im Ruhrgebiet hat der Alto Bergarbeiterverband in einer gestrigen in Bochum abgehaltenen Konferenz mit allen Stimmen abgelehnt, ebenso der Gewerksverein Hirsch-Dunker. Dagegen hat die Polnische Berufsvereinigung in einer in Wanne abgehaltenen Versammlung dem Schiedsspruch zugestimmt, ebenso der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter mit 685 gegen 15 Stimmen.

Die Ablehnung des Schiedsspruches bedeutet, daß die freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter in Gemeinschaft mit den Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereinsmitgliedern bei der Bergarbeiterung der Ueberschichten verharren, und zwar einmütig. Damit werden die Ueberschichten auf den meisten Forderungen unmöglich, denn es ist technisch nicht durchzuführen, daß der kleinere Teil der Belegschaften Ueberschichten verfährt und der größere nicht.

## Eine mysteriöse Geschichte

### Das angebliche Attentat auf die Siegessäule

Montag morgen wurden die Berliner Bewohner mit der Meldung erschreckt, daß am Sonntag auf die Siegessäule ein großes Attentat geplant gewesen sei. Zwei Besucher wollen gegen 12 Uhr mittags in der Siegessäule eine an der Treppe entlang gelegte brennende Zündschnur entdeckt haben. Die Zündschnur führte in einen Pappkarton, der ungefähr 6 Kilogramm Dynamit enthalten haben soll. Weiter wurde noch berichtet, die Ladung habe aus 29 Dynamitpatronen, 4 Bohrapatronen und 3 Kilogramm Pikrin als Zündmasse bestanden. Das Sprengmaterial soll aus allen Heeresbeständen herrühren. Es sei die Absicht der Attentäter gewesen, die Siegessäule in die Luft zu sprengen.

Die Geschichte klingt reichlich mysteriös; auch die neueren Meldungen sind nicht geeignet, Klarheit zu schaffen. Wertwürdig bleiben folgende Tatsachen: Die brennende Zündschnur wurde zuerst von zwei Reichswachtregimenten entdeckt, die sich alle Mühe gaben, die Schnur zu zerschneiden. Als ihnen das nicht möglich war, benachrichtigten sie den Kassierer, einen alten Invaliden, der zwei Wachtmeister der Sicherheitspolizei herbeiholte, die nach der ersten Darstellung zufällig an der Siegessäule vorbeikamen, nach der anderen aus dem Reichstagsgebäude herbeigerufen wurden. Die Sicherheitspolizisten haben dann die Schnur zerschneiden und die Explosion der Dynamitlaste verhindert. Es ist merkwürdig, daß dies den Soldaten nicht gelang, und noch merkwürdiger, daß die Schnur so lange brannte und doch nicht den Explosionsstoff erreichte, bis endlich zwei mutige Sicherheitspolizisten kamen, die die Schnur zerschneiden und dadurch die Explosion verhinderten.

Am allermerkwürdigsten aber ist es, daß die rechtsstehende Presse sofort behauptete, Ausländer seien die Urheber des Attentats gewesen. Zwei Männer und drei Frauen, die in einer rotbraunen Kutodroshke saßen, sollen als Täter in Betracht kommen. Sollte es sich bei dieser ganzen unheimlichen Geschichte nicht um ein Nachwort gewisser Kreise handeln, die gerade in diesen Tagen großes Interesse an einer allgemeinen Ausländerhege haben? Wir erinnern daran, daß von deutschvölkischen Organisationen am Sonntag Demonstrationen gegen die Entente-Kommissionen geplant waren. Wir erinnern weiter daran, daß geheime Fäden gesponnen werden, um einen neuen Rechtspruch zu inszenieren. Es fehlt jenen Kreisen bisher nur an einem geeigneten Moment zum Loschlagen. — Und deshalb besteht der dringende Verdacht, daß gewisse Provokateure am Werke sind, um Attentate und Unruhen hervorzurufen, die dann den Vorwand zum Belagerungszustand und das Signal zum allgemeinen Sturm auf die Republik geben sollen.

Wir ermahnen von den Behörden, daß sie den Vorfall mit Energie nachspüren, für restlose Aufklärung sorgen und das Ergebnis der Ermittlungen schnellstens der Öffentlichkeit zugänglich machen. Für die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von insgesamt 50 000 Mark ausgesetzt worden. Wie der neueste Vollerbericht mitteilt, hat sich die Vermutung, als seien Ausländer die Täter gewesen, nicht aufrechterhalten lassen. Es ist unbedingt erforderlich, Klarheit darüber zu schaffen, wieso erst der Verdacht gerade auf Ausländer gelenkt werden konnte, und welche Anhaltspunkte insbesondere die rechtsstehende Presse hatte, um bezügliche Behauptungen in die Welt zu streuen.

Militärkonvention für die japanische Regierung. Das Herrenhaus hat mit 104 gegen 126 Stimmen eine Entschließung angenommen, die einen Militärkonvention des Defensivität zugänglichkeit und auf Grund eines entschlossenen Angriffes gegen die Unterwerfungspolitik der Regierung gefaßt wurde.



# Demokratische Schulmoral

Uns wird geschrieben:

Jedesmal, wenn die „Gefahr“ droht, daß ein Sozialist in ein Schulamt berufen wird, stimmt die Bourgeoisie ein lautes Geschrei an gegen seine pädagogische oder sonstige Eignung. Die dümmsten Einwände werden dann an den Haaren herbeigezogen. So forderte man jüngst in einer Berliner Schuldeputation gegen einen sozialistischen Lehrer den vernichtenden Vorwurf zurück, er habe seinen Kollegen und Vorgesetzten (!) gegenüber nicht immer den „rechten, warmen Herzenston“ getroffen. Das also war das ganze Ergebnis der in solchen Fällen üblichen ekelhaften Schnüffelerei!

Wir erleben demgegenüber jetzt den interessantesten Fall Burg in Charlottenburg. In der „Vorwärts“ Nr. 403, „Welt am Montag“ Nr. 43 und 49, „Neue Erziehung“, Septemberheft v. J., waren eine Fülle überflüssiger Einzelheiten aus der Amtsführung dieses Herrn zu lesen. Demnach hatte er, ein Hauptverfechter des schönen Prinzips der unpolitischen Schule, in allen Klassen eine Abstimmung der Schülerinnen über die Wiederanbringung der Kaiserbilder herbeigeführt und mit unglaublichem Zug und Trug das Kollegium und die Behörden zum härtesten Vorgehen gegen solche Lehrer zu veranlassen gesucht, die pflichtgemäß seinem unerbittlichen Treiben entgegengetreten waren. Ein Verfahren, das selbst nach dem heute noch ungeschwächt in Kraft befindlichen Disziplinargesetz von 1849-52 mit Dienstentlassung geahndet werden müßte.

Eine Berichtigung der öffentlich gegen den Direktor erhobenen Vorwürfe war bis jetzt nirgends zu lesen, wohl aber die auffallend schroffe Zurückweisung eines seiner Ablehnungsversuche. Mit blinder Vertrauenstundgebungen suchte dagegen keine Anhänger der üblichen Eindringlichkeit zu verwischen, während Direktor Burg selbst geheimnisvoll eine Beleidigungsklage durch den Staatsanwalt ankündigte. Inzwischen ist die Sache verjährt, ohne daß ein Staatsanwalt sich geregt oder der Direktor wenigstens Privatklage erhoben hätte. Die aus diesen Tatsachen sich ergebenden Schlüsse brauchen wir wohl nicht ausdrücklich zu ziehen.

Indessen bemühen die nationalistischen und demokratischen Freunde des Herrn Burg sich einträchtig, ihm die Last der auf ihm ruhenden Vorwürfe leicht zu machen. Das widerliche Geschrei gegen seine Verletzung, eine in Anbetracht des Tatbestandes durchaus ungenügende Maßregel, geht von der Behauptung einseitigen und parteiischen Vorgehens des Kulturmünisters aus. Ein solches Vorgehen ist allerdings zu verzeichnen, aber lediglich zugunsten des Herrn Direktors. So konnte er während der Unterjochung im Amt bleiben und die ihm untergebenen Zeugen in einer Weise beeinflussen, daß schon deswegen ein besonderes Verfahren gegen ihn hätte stattfinden müssen. Auf eingehende Beschwerden gegen sein Verhalten ist das Ministerium nicht eingegangen. Die Partei, die demokratische Partei aber, hat sich, an der Spitze die Herren Staatssekretär Trauttsch und Stadtschulrat Otto, mit vielem Nachdruck und erschütterndem Erfolg für den Direktor, ihren Parteigenossen, um den wir sie nicht beneiden, eingesetzt.

Bezeichnend für die Ehrlichkeit der sich demokratisch gebärdenden Bourgeoisie ist besonders ein Artikel in der „Börsen Ztg.“ vom 3. März, der von vorsichtig eingewinkelten Unwahrheiten wimmelt und eine ausfallende Kenntnis interner Dinge verrät. Sein Verfasser ist Herr Studienrat Hildebrandt, auch ein „demokratischer“ Jugendlehrer. Aus eigener Erfahrung kann er von den Vorgängen, die er „berichtet“ nichts wissen. Man kennt ihn aber als guten Freund des Direktors Burg. Eine ihm zugesandte genaue Berichtigung seiner argsten Unwahrheiten und Entstellungen hat der in der „Börsen Ztg.“ für Wahrheit und Recht kämpfende Herr bis jetzt nicht veröffentlicht!

Die Juristen im Kultusministerium mögen sich bei der jetzigen „Lösung“ beruhigen, der zufolge Herr Burg an der von ihm so musterhaft geleiteten Schule bis 1. Oktober bleibt und dann ein paar Straßen weiter eine gleichartige Anstalt übernehmen soll. Wie stellen sich aber die Eltern zu der Sache, die wissen wie die Dinge liegen und Kenntnis von dem eigenen wahren Wahrheitsbegriff haben, den der so blind verehrt Herr Direktor praktiziert? Hält das Provinzial-Schulkollegium, halten die städtischen Schulbehörden Herr Burg immer noch für den Mann, der geeignet ist, aufrechte wahrhaftige Charaktere heranzubilden und einem Lehrerkollegium Kultur und Vorbild zu sein, wie es bei allen möglichen Gelegenheiten als oberste Pflicht eines Schulleiters bezeichnet wird?

## Rechtssozialistischer Parteiauschuß

### Unbestimmte Haltung zur Regierungsbildung

Am Sonntag war der Parteiauschuß der S. P. D. in Berlin zu einer Tagung versammelt, um zu hochwichtigen politischen Vorgängen Stellung zu nehmen. Der Bericht des „Vorwärts“ ist außerordentlich mager. So wird über die Beratung der Frage der Regierungsbildung in Preußen, worüber Barthelemy referierte, in vier Zeilen folgendes berichtet:

„Für Preußen billigte man die Haltung und den bekannten Beschluß der Fraktion. Von weiteren Beschlüssen sah man bei der ungelückten Lage sowohl für Preußen wie für Mecklenburg ab.“

Das ist alles. Diese unbestimmte Haltung ist um so bedenklicher, weil der Druck der bürgerlichen Parteien, der eine Erweiterung der Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei bewirkt, offensichtlich fortbauert. Das geht wieder aus einer Rede hervor, die Stresemann auf der Landesversammlung der Deutschen Volkspartei in Stuttgart gehalten hat. Der Führer der Stinnespartei erklärte dort:

„Innerhalb der Koalition besteht ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen den beteiligten Parteien, das auch auf die preussische Regierungsbildung nicht ohne Einfluß bleiben werde. Insbesondere halte die Fraktion des Zentrums an dem Beschlusse fest, die preussische Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu bilden. Wenn die Sozialdemokratie dies ablehne, so halte sie sich selbst damit aus und würde sich über diese Ausschaltung auch nicht beklagen dürfen, da sie sie selbst verschuldet habe, denn auf Seiten der Deutschen Volkspartei sei grundsätzlich kein Widerspruch erhoben worden, auch mit der Sozialdemokratie zusammenzugeben. Selbst in deutschlandweiten Kreisen sei der grundsätzliche Widerspruch gegen ein solches Zusammenarbeiten verstummt, wie die nach anfänglichem Sträuben erklärte Bereitwilligkeit der Deutschnationalen Partei zur Vertretung der nationalen Einheitsfront zeige.“

Das klingt im Gegensatz zu der ungewissen Haltung des rechtssozialistischen Parteiaususses sehr zuverlässig.

Der Schluß des Berichtes im „Vorwärts“ erledigt die Angelegenheit Lensch und Genossen wegen ihrer Mitarbeit an arbeiterfeindlichen Propagandaarbeiten mit folgenden drei Zeilen:

„Dem Parteivorstand wurde zur weiteren Erledigung die angelegene Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an arbeiterfeindlichen Wählern überlassen.“

Man scheint sich nicht zu trauen. Der Gegenstand ist in der Tat heikel. Hält man die Lensch und August Müllerer allzu hart an, dann werden diese den Kopf der Sa-

nisch, Heine, Koste und der anderen Mitarbeiter des „Volluhr-Abendblattes“ fordern. Wohin sollte das führen. Darum bereitet man der unbehaglichen Angelegenheit durch Ueberweisung an den Parteivorstand ein feierliches Begräbnis nach der Melodie: O rühret, rühret nicht daran. Der Parteiauschuß aber scheint nur noch ein demokratisches Dekorationsstück zu sein.

## Dem Tüchtigen freie Bahn?

### Aus dem Beamtenauschuß

Zur Beratung stand am Montag die Durchführung der vom Reichstag festgesetzten Resolutionen zur Besoldungsordnung. Begonnen wurde mit der Resolution betreffend Schaffung einer größeren Anzahl von Aufstiegsmöglichkeiten für die Lokomotivführer. Die Ausführungen des Geheimrats Wolf vom Verkehrsministerium bestätigten im vollen Umfange die Wichtigkeit unseres Standpunktes, den wir bei der Beratung und Beschlußfassung der betreffenden Resolutionen vertreten haben. Geheimrat Wolf erklärte, daß die Anerkennung des Besoldungsprinzips es erfordere, daß ein Aufstieg der Lokomotivführer, Zugführer, Radmeister usw., nur erfolgen könne, wenn diese Beamten eine höher zu bewertende Arbeit übernehmen und durch Prüfung den Nachweis der Befähigung erbringen. In ihrer Eigenschaft als Zugführer, Lokomotivführer usw. könnten sie nicht höher

bestuft, nicht befördert werden. Abgeordneter Feuer mann (D. P.) erklärte, daß das „Besoldungsprinzip“ des Prinzip des Aufstieges der Tüchtigen gleichkomme und ihre Zustimmung findet.

Genossin Zieg widersprach dieser Auffassung energisch und erklärte, die freie Aufstiegsmöglichkeit für jeden, der die Befähigung besitze, wie wir sie fordern, wird nicht erfüllt, sondern geht mit durch das „berühmte“ Besoldungsprinzip, durch die Festlegung bestimmter Beamtenlaufbahnen und ihre Einzwängung in Eingangs-, Beförderungs- und Spitzenstellungen in der Besoldungsordnung. Aus dieser Einzwängung erwähre die Besoldung nur eine äußerst enge Ausgangstür, die nur von sehr wenigen passierbar sei, den bekannten Konzeptionsstutzen. Alle die Resolutionen, mehr Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen, seien immer dann eingebracht worden, wenn unsere Anträge die betreffenden Beamtenkategorien höher zu stufen, von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden waren. Diese Resolutionen sollten als Beruhigungspillen für die Beamten dienen. Sie erweckten Erwartungen, die unerfüllbar bleiben und die höchstens Enttäuschungen und Erbitterung der betreffenden Beamten hervorruften. Die Debatte über diese Frage und über die Frage, unter welchen Bedingungen die Postsekretäre befördert werden sollen, füllten den Rest der Sitzung aus, ohne erledigt zu werden.

Das neue spanische Ministerium ist gebildet. Präsident Alente Salazar, Ministerium des Reichern Marquis de Poma, öffentliche Arbeiten Lacerda.

# Ein neuer Entwaffnungsschwindel

## Deutscher Reichstag

83. Sitzung, Montag, den 14. März.

### Der Reederei-Abfindungsvertrag

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Reederei-Abfindungsvertrages.

Abg. Berg (Komm.): Das Gesetz ist ein Täuschungsversuch am Volke. Wenn die Regierung schon auf dem Standpunkt steht, daß die Reederei entschädigt werden müsse, so sollte sie die neuen Schiffe wenigstens auf ihren eigenen Werften bauen lassen.

Damit schließt die Aussprache. Die einzelnen Artikel des Vertrages werden gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Vor der Gesamtabstimmung erklärt Abg. Dr. Levi (Komm.): Wir wollen vor der gesamten Öffentlichkeit feststellen, wie schlecht das Haus beschaffen ist bei einer Abstimmung, die den Reedern 12½ Milliarden in den Schoß werfen soll. Wir bezweifeln die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Lohde stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses fest und beraumt auf 10 Minuten später eine neue Sitzung an.

Schluß 1½ Uhr.

### Die zweite Sitzung

Präsident Lohde schlägt vor, die beantragte namentliche Abstimmung gegen 4 Uhr vorzunehmen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Wiederaufbaumünsteriums. Es sprechen dazu die Abgg. Wienke (D. P.), Dauch (D. P.), Knieß (Dem.), Fries (Komm.).

Bei einem der folgenden Kapitel bemängelt Abg. Enck (U. Soz.) die Art der Vermietung der Fischereifahrzeuge. Die zu diesem Zwecke ausgeworfenen Beträge werden nicht benutzt im Interesse der Allgemeinheit, sondern sie bedeuten ein Geschenk an das Fischereikapital. Nicht einmal die Verzinsung wird herausgeholt, sondern der Anlagewert verzinnt sich nur mit 4 Prozent. Bei der Vergebung der Dampfer ist ganz unverständlich vorgegangen worden. Serienfahrzeuge wurden zerissen und derartige Fehler mehr. Das Ministerium soll sich doch von sachmännlichen Richtlinien leiten lassen. Nachdem Wilhelmshaven und Kiel nicht mehr aus der Kriegswirtschaft heraus befreit werden können, will man sie künstlich zu Fischereifahrzeugen machen, wobei man sich nur von unsäulichen und lokalpatriotischen Gesichtspunkten leiten läßt. Wir haben kein Vertrauen zur Tätigkeit des Wiederaufbaumünsteriums.

Staatssekretär Müller: Die Frage der Verzinsung wird nachgeprüft werden.

Als auf einen Titel, der erst nach Abstimmung über das Reedereiabkommen erledigt werden kann, wird der Haushalt für Wiederaufbau genehmigt.

### Entwaffnungsgesetz

Es folgt die Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/78 des Friedensvertrages. Das Gesetz muß bereits am 15. März in Kraft treten, um internationale Schwierigkeiten zu vermeiden.

Reichsaußenminister Dr. Simons: Der Entwurf wird von mir begründet, weil er aus außenpolitischen Gründen eingebracht worden ist. Ich trage mit dem Minister des Innern die Verantwortung, der zu den Einzelheiten Stellung nehmen soll. Die §§ 177/78 des Friedensvertrages verbieten, daß Mitglieder irgendwelcher Vereine militärisch ausgebildet werden, und daß irgend welche Mobilisationsmaßnahmen getroffen werden. Die Entente hat am 29. Januar verlangt, daß bis zum 15. März d. J. gesetzliche Bestimmungen zur Ausführung der beiden Artikel erlassen werden. Dem entspricht dieser Gesetzentwurf, da das Entwaffnungsgesetz zur Erfüllung unserer Verpflichtung nicht ausreichte. Die von den Alliierten gestellte Frist läuft mit dem morgigen Tage ab. In London ist es überhaupt nicht zur Besprechung der Entwaffnungsbestimmungen gekommen, wohl aber haben die Alliierten unmittelbar bei der Verantwortung der deutschen Gegenvorschläge ihre angedrohten Sanktionen auch mit

Vorstellungen in der Entwaffnung

begründet. Es war zu erwägen, ob der von der Entente beangene Rechtsbruch auch in der Entwaffnungsfrage zu einer Vergeltung führen würde. Die hier vorbereitete Auffassung, wir wären nunmehr zur Erfüllung des Friedensvertrages nicht mehr verpflichtet, habe ich vor zwei Tagen im Auftrage der Regierung als nicht den Tatsachen entsprechend gekennzeichnet. (Große Unruhe rechts.) Ich bin der Meinung, daß die Reichsregierung Deutschlands gegenwärtig sehr gut ist, aber nur solange, als unsere Rechtsstellung anerkannt wird. In dem Moment, wo wir in der Entwaffnungsfrage zur Vergeltung schritten und unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag für null und nichtig erklären, würden wir die Rechtsstellung in der ganzen Welt verlieren. (Unruhe rechts, Zustimmung links.) Ich weise auf die Schikane und die hinterlistigen Maßnahmen hin, mit denen polnische

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

Rechtshilfe

doner Konferenz nicht geändert. Wir fordern die Entwaffnung aus Gründen der auswärtigen Politik. Den vorliegenden Gesetzentwurf aber halten wir für unzulänglich und untauglich. Es ist immer nur von Selbstbehauptungsaktionen die Rede, das Wort „Einwohnerwehren“ aber ist absichtlich vermieden, und zwar hat erst der Reichstag es ausgesagt. Wer soll denn damit getötet werden, die Entente oder Deutschland? (Unruhe rechts.) Heute gilt das bittere Wort: In Bayern geht das Reich zugrunde! (Große Unruhe rechts. — Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Edler v. Braun (D. P.): Wir brauchen den Verfall der Vertrag nicht mehr zu erfüllen, da er von den Gegnern gebrochen ist. Wir haben auch in der Entwaffnungsfrage keine Verpflichtungen mehr. Wir lehnen das Gesetz ab. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abstimmung über den Reederei-Abfindungsvertrag

Die Weiterberatung wird darauf unterbrochen, um die Abstimmung über den Reederei-Abfindungsvertrag nebst dem Zulagervertrag vorzunehmen. Dieser ist auf Antrag Schiffer (Dem.) namentlich. Der Vertrag wird mit 233 gegen 60 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten bei 3 Enthaltungen angenommen. Die Rechtssozialisten stimmen für den Vertrag.

### Weiterberatung des Entwaffnungsgesetzes

Reichsminister des Innern Koch: Das Wort „Selbstbehauptungsaktion“ ist nicht darin enthalten, weil es auch im Friedensvertrag nicht vorkommt. Wer überhaupt politisches Augenmaß hat in dieser Zeit bewahrt hat, muß einsehen, daß es eine verhängnisvolle Katastrophopolitik wäre, wenn das Gesetz nicht angenommen würde.

Abg.: Goldmann (U. Soz.):

Das Gesetz bedeutet nichts anderes als eine Zerfällung der öffentlichen Meinung. Man will dem Gebot der Entente nachkommen, ohne an dem wesentlichen Zustand etwas zu ändern. Kahr und von Braun wollen es auf den außenpolitischen Konflikt antworten lassen. Nach dem Entwaffnungsgesetz wäre es überhaupt gar nicht möglich, daß noch bewaffnete Landen existieren. Hätte man das Entwaffnungsgesetz restlos durchgeführt, dann wäre dieses Gesetz überflüssig. Die gegenwärtigen Elemente haben heute mehr Waffen als je in der Hand. Die bayerische Regierung verordnet sogar, daß die Einwohnerwehren sich ihre Waffenübungen für beliebige Mengen und Arten von Waffen selbst ausstellen dürfen. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Herr von Kahr hat in einer Sitzung der Bayerischen Volkspartei davon gesprochen, daß Bayern sich einer

Ergelution des Reiches mit Gewalt widersetzen

würde. Wir sind überzeugt, daß die Entente infolge dieser Haltung Bayerns zu einer weiteren Besetzung deutschen Gebietes schreiten wird. So nötig die Entwaffnung der Gegenrevolution wäre, so halten wir doch den Entwurf für völlig unzulänglich und für einen bloßen bluff, und lehnen ihn ab.

Abg. Hamm (Dem.): Der Abg. Hoffmann hat gesagt, daß Bayern das Land der höchsten Berge und der schwächsten Demokraten sei. Bismarck erinnert er sich daß man früher einmal von der königlichen bayerischen Sozialdemokratie gesprochen hat.

Außenminister Dr. Simons: Wir sind nicht frei, und können nicht die Forderungen der Entente in dieser Beziehung ablehnen unter Berücksichtigung des gegnerischen Bruches des Friedensvertrages. Dazu muß man eine Macht hinter sich haben, und ich werde nicht die junge Mannschaft dafür zum Opfer bringen.

Abg. Kemmle (Komm.): Die weißblaue Schmach ist viel schlimmer und schändlicher als die schwarze Schmach. (Lebhaftes Unruhe. — Wui-Rufe. — Beifall rechts.) Beifall rechts: Ausdrücke als unparlamentarisch zurück. — Als der Redner diese Worte wiederholt, erhebt sich ungeheure Unruhe und Tumult im ganzen Hause; der Beifall rechts. Dr. Bell ruft den Redner zur Ordnung. — Zuruf rechts: Hochverräter! Runter! Redner fortgehend (nach rechts): Sie sind Hochverräter! (Zweiter Ordnungsruf d. Präsidenten.) Die Feststellungen über die weißblaue Schmach rufen sich auf die Erfahrungen, die ich in Bayern gemacht habe.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Die Einwohnerwehr ist als Gründung Hoffmanns selbst bezeichnet worden. Ja, er hat sie ins Leben gerufen, aber aus ganz anderen als aus reaktionären Gründen. Ich beantrage, die Vorlage an einen Sonderauschuß von 21 Mitgliedern zu überweisen. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Weiterberatung des

Haushalts des Ministeriums des Innern

Abg. Weich (Dem.): Im Interesse der Aufrichterhaltung lebenswichtiger Betriebe sind die Zuschüsse für die technische Rathilfe notwendig. Die Not der Studierenden muß gelindert werden. Die preussischen Ausführungsbestimmungen, ebenso die bayerischen zum Grundschulgesetz laborieren das Gesetz garabazu. Die Entwertung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule würde den kulturellen Wert erheblich vermindern.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Von einer Milliarde vierhundert Millionen dieses Staats entfallen auf Kulturaufgaben nur 81 Millionen. Der Reichswasserbau gehört zum Marineetat und ist nur zum Zweck der Umgehung des Friedensvertrages durch eine Schiebung in diesen Etat gekommen. (Zurufe: Denunziant!) Der Schöpfer machte aus Abend und Morgen den ersten Tag, ebenso wurde aus Apo und Sipo plötzlich Schupo. (Heiterkeit.) Minister Koch ist ein verstellter Militärminister und ein offener Belagerungsstandminister. Im Kasseler Kommuniprozess fungierte als Staatsanwalt derselbe Kriegsgerichtsrat Metzler, der bei der Unterjochung gegen die Arbeiter Lieberichs und Rosa Luxemburgs ein abgeartetes Spiel trieb, um die Schuldigen entweichen zu lassen. Wenn ein Mann ins Zuchthaus gerät, so ist er es. Eine technische Rathilfe wäre höchstens Not gegen streikende Arbeiter und streikende Hotels, sowie vor allem gegen die Großgrundbesitzer, die seit nunmehr sechs Jahren die Billigerung der Lebensmittel und die Ernährung des deutschen Volkes laborieren. (Zuruf rechts: Unverschämtheit! Beifall rechts.) Dr. Bell: Diesen Ausdruck muß ich als unparlamentarisch rügen. Zum Schluß ruft Beifall rechts: Dr. Bell den Abg. Dr. Levi zur Ordnung, weil er den Reichsminister des Innern als einen verstellten Militärminister und offenen Belagerungsstandminister bezeichnet hat.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Hausplan 1921. Schluß nach 9 Uhr.







Groß-Berlin

Ausländer, Fremde sind es meist...

Der Gegensatz zwischen dem Proletariat mit seinem internationalen Empfinden und dem Spießbürgertum mit seiner nationalen Borniertheit zeigt sich in einem kleinen, aber bezeichnenden Zuge bei dem „Sprengungsversuch an der Siegessäule“.

Ich fuhr auf der Straßenbahn und kaufte mir unterwegs eine Zeitung, in der diese neueste Sensation zu lesen stand; ausgemacht war die Sache in einer Weise, daß man zwischen den Zeilen fast das Bedauern lesen konnte: wie schade, daß die „Höllmaschine“ nicht losgegangen ist, dann wären doch noch viel interessantere Dinge zu berichten gewesen!

Da aber die „Höllmaschine“ nicht losgegangen war, mußte man sich also für sein Sensationsbedürfnis einen anderen Ausweg suchen. Was lag näher, als Mutmaßungen über den Täter anzustellen?

Da war der Punkt, wo auch dem bravsten deutschen Bürger graulich zu machen war.

„Vermutlich waren die Täter Ausländer.“

Wer das vermutet, schreibt Schmod nicht dabei, er möchte sonst von sich selbst reden, und dazu ist diese Kategorie der bürgerlichen Zeitungschreiber zu beschreiben. Aber der Erfolg dieser „Vermutung“ ist da!

Auf dem Straßenbahnwagen hatten sich noch mehrere Herren diese Zeitung gekauft. Die „Vermutung“ fand ihren lebhaften Beifall. Einer der Fahrgäste, der mir schon durch die Demonstration seiner Genugtuung auf seiner Helmbreite aufgefallen war (er trug eine goldene Patentknechtspipenadel von etwa 3 Zentimeter Durchmesser), versicherte den übrigen Fahrgästen:

„Ich kann Ihnen die Täter ganz genau beschreiben: Erstens sind es Sozialisten, zweitens nihilisten (?), drittens sind es ostgalizische Juden!“

Worauf ich ihm den Rat gab, mit diesen erschütternd genauen Angaben die Polizei zu unterstützen, sie werde ihm sicher Dank dafür wissen!

Darauf sah mich der Herr mit einem Gesicht an, von dem sich die Dummheit ablesen ließ, die zu der zitierten Äußerung gehört und aus der auch die „Vermutung“ entspringen ist: „Ausländer, Fremde sind es meist...“

Kinderwandern!

Am Sonntag, den 13. März, veranstaltete die Kinderklubkommission des 4. Bezirks die erste Kinderwanderung. Mit freudigen Gesichtern und einem Lied auf den Lippen zog die junge Schar der Sonne entgegen, hinein in den herrlichen Frühlingstag. Die Wanderung ging von Grünau nach Müggelheim. Der Verein „Volksgesundheit“ stellte sein Landheim an der großen Krampe zur Verfügung. Nach kurzer Rast entwickelte sich bald bei dem jungen Volkchen ein reges Treiben. Spiele, Tänze und Gesang, geleitet von einer Jugendgruppe, wechselten in bunter Folge, und als zum Ausbruch gemahnt wurde, war vielen Kindern der herrliche Sonntag viel zu rasch vergangen. Dann ging es mit frohem Gesang dem Bahnhof zu. Mit dankbarem Blick wurde Abschied von den Helferinnen genommen, und alle Kinder wünschten recht bald wieder zu einer neuen Wanderung zusammengerufen zu werden.

Wie notwendig diese Kinderwanderungen sind, beweist, daß manche acht- und neunjährige Kinder zum erstenmal einen Wald gesehen haben. Wägen alle Arbeiterkinder, die nicht mit ihren Kindern, der hohen Fahrpreise wegen, allein ins Freie fahren können, bei gemeinsamer Fahrt aber für die Kinder den halben Fahrpreis genießen, von dieser Einrichtung Gebrauch machen.

Los von Berlin

Die Oppositionsbewegung, die unter dem Namen „Los von Berlin“ besonders in den Villenorten von der bürgerlichen Organisationsbewegung in Szene gesetzt wird, dehnt sich immer mehr aus; sie beweist aber auch immer mehr ihren wahren Charakter: Nicht los von Berlin als Stadt, sondern los von Berlin als sozialistische Gemeinde, los von der unbequemen Kontrolle der bürgerlichen Bezirke durch die in ihrer Mehrheit sozialistischen Körperschaften!

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

aus dem Romanzyklus Übertragen von Hermann Jar Mäklin Copyright by Der Wolff-Verlag Berlin-Gatow 1921

„Folgen Sie mir!“ Der Mann schritt der Tür zu. Es wäre bequemer gewesen, hätte er Peter umgedreht und ihn bei der Rückseite des Kragens gehalten, doch deutete ihn Peters körperliches Behagen augenblicklich völlig unwichtig; er hielt Peter vorne am Kopf fest, schob, schleppte ihn aus dem Zimmer, einen langen Korridor entlang, in den hinteren Teil des Gebäudes. Und während der ganzen Zeit flüchtete er Peters Ohr: „Ich werde es schon aus Ihnen herausbekommen. Glauben Sie nur nicht, daß Sie mich anlügen können. Sehen Sie ein, daß Sie alles sagen werden müssen.“

Der Mann öffnete eine Tür. Er schob Peter in eine Art Vorratskammer, schlug hinter ihnen beiden die Tür zu. „Heraus damit“, sprach er. Dann steckte der Mann das bedruckte Blatt in die Tasche; — Peter sah es nie wieder, erfuhr auch nie, was darauf gestanden hatte. Mit seiner freien Hand griff der Mann nach einem Finger von Peters Hand und bog ihn mit furchtbarem Kraft nach hinten. „Oh!“ schrie Peter. „Lassen Sie los!“ Und wild aufbrüllend: „Sie werden den Finger brechen!“

„Ich will ihn brechen, will jeden Knochen in ihrem Leib brechen. Werde Ihnen die Kugel abreißen, die Augen aus dem Kopf reißen, wenn es nötig ist. Gestehen Sie, wer Ihnen half, die Bombe zu verfertigen.“

Peter erging sich in einem Wortsturm verzweifelter Proteste; er habe nie von einer Bombe gehört, wisse nicht, wovon der Mann rede; er wand und drehte sich, bog sich hinten über, vergeblich versuchend, dem schmerzhaften Druck auf seinen Finger zu entgehen.

„Sie lügen“, beharrte Guffey. „Ich weiß, daß Sie lügen. Sie gehören zu der Bande.“

„Welcher Bande? Au! Ich weiß nicht, was Sie meinen.“

„Sie sind doch selbst ein Roter, nicht wahr?“

„Ein Roter? Wer sind die Roten?“

„Sie wollen mir einreden, Sie wüßten nicht, was die Roten sind? Haben Sie denn nicht Aufrufe auf der Straße verteilt?“

So meldet eine bürgerliche Korrespondenz vom Südosten Groß-Berlins: „In einer vom Bürgerbund (1) Schmöckwitz einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung fand der Punkt der Tagesordnung „Los von Berlin“ besonders lebhaften Widerhall. Es wurde dem „Bund“ dem Nachrichtenblatt des Bürgerrats von Groß-Berlin zufolge, darauf hingewiesen, daß für die rein ländlichen Bezirke, zu denen auch Schmöckwitz gehöre, ein Zusammenstoß mit dem städtischen Groß-Berlin nur zu schweren Beeinträchtigungen der rein ländlichen Gemeinden führen müsse. Dahingehende Eingaben an den neuen Landtag wurden beschloffen. Die Verprechung des Wohnungssteuergesetzes (Wahl. Red.) zeigte, daß auch hier den berechtigten Bedürfnissen rein ländlicher Gemeinden durchaus nicht Rechnung getragen werde. Aus diesem Grunde wurde beschloffen, auch zu dieser

Auf allen Gebieten

macht die Reaktion Anstrengungen, ganz besonders auf dem Gebiete der Kulturpolitik, des Schul- und Erziehungswezens. Dem müssen wir den Kampf um die freie weltliche Schule entgegengehen!

Am Mittwoch, den 16. März, abends 7 Uhr, finden zu diesem Zweck

6 öffentliche Versammlungen

statt mit dem Thema:

Wir wollen die weltliche Schule haben

Die Versammlungen finden statt:

Norden: Schulaula Urechter Str. 30-31.

Norden: Schulaula Gleimstr. 49.

Osten: Schulaula Cellerstr. 18.

Lichtenberg: Cäcilien-Plyeum, Parkaue.

Südosten: Aula der Vorkurs-Schule, Böttchstr. 9-10.

Friedenau: Aula des Realgymnasiums, Homuthstraße.

Referenten: Elise Red, S. A. Hermes, Rudenbester, Löwenstein, Karl Schneider, Tischendorf.

Wem es um die Zukunft unserer Kinder und der freien weltlichen Schule ernst ist, der komme zu diesen Versammlungen!

Zentralauswahlgang der Elternbeiräte der U. S. V. D.

Stadtgemeinde Berlin.

Frage Eingaben an den Minister des Inneren und den Landtag zu richten, um eine Änderung des Gesetzes Groß-Berlins herbeizuführen.“

Mit diesem letzteren Einwand gegen die Wohnluxussteuer zeigen die Herrschaften ziemlich deutlich, worauf es ihnen eigentlich ankommt!

Der erste internationale Zug

Der D-Zug Paris-Warschau, der über die Stadtbahn verkehrt, wird heute zum ersten Male aus Paris abfahren, und zwar ist die Abfahrtszeit in London auf 2 Uhr nachm., in Paris auf 5.45 Uhr nachm. und in Brüssel auf 12.10 Uhr nachts festgesetzt. Der Zug wird drei Schlafwagen und zwar zwischen Calais, Ostende, Paris nach Warschau führen. Diese Wagen werden von der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft gestellt, während die „Wittopa“ für die Strecke auf deutschem Boden zwischen Köln und Schwiebus einen Speisewagen einstellt.

Für die Benutzung dieser Schlafwagen werden neben den nicht unbedeutenden Preisen für die Fahrkarte noch erhebliche Preise für die Beisitzer gefordert. Diese sollen auf der Strecke Paris-Warschau die Kleinstgüte von 171 Fr. (829,35 M.), Ostende-Warschau 145,80 Fr. (707,15 M.) und Calais-Warschau 155,60 Fr. (754,70 M.) Die für Berlin in Frage kommenden Sitze betragen für den Bettplatz Berlin-Paris 113,15 Fr. (549,89 M.), Berlin-Ostende 83,85 Fr. (405,70 M.), Berlin-Calais 101,1 Fr. (491,95 M.) und Berlin-Warschau 54,15 Fr. (251,65 M.). Zu diesen Preisen tritt noch eine Verkehrssteuer auf französischem Boden von 0,25 Fr. und eine Normergebühr, die nach Entzerrung gestaffelt ist und 1-3 Fr. kostet. Der erste dieser internationalen Züge fährt am Mittwoch über die Stadtbahn und zwar in der fünften Nachmittagsstunde (ab 3.00 5.23 Uhr nachm. Friedrichstraße 5.38 Uhr, Alexanderplatz 5.45 Uhr und ab Schlesischer Bahn-

hof 8.10 Uhr abends.) Am folgenden Tage, den 17. März, vollendet er mittags um 1.08 Uhr in Warschau seine weite Reise.

Die Durchführung des Zuges über die Stadtbahn, die in dieser Form zum ersten Male erfolgt, war nur dadurch möglich, daß der Zug keinen Aufenthalt in Charlottenburg erhält und außerdem noch eine Reihe von Zügen auf der Strecke Hannover-Berlin und Berlin-Frankfurt (Oder) verlegt worden sind. Der Zug fährt als Luxuszug nur die 1. und 2. Wagenklasse, während die Schlafwagen nur die 1. Klasse führen werden. Also nichts für Profektariat!

Von der Berliner Eisenbahnmisere

Das gute Vorfrühlingswetter hatte am letzten Sonntag schon eine große Menge Ausflügler hinausgelockt, aber die Eisenbahn hatte wohl von dem Wetter noch nichts gemerkt, denn sie war in keiner Weise auf einen gesteigerten Verkehr vorbereitet.

So gab es schon am frühen Abend reichlich überfüllte Züge und dadurch die bekannten unerquicklichen Szenen auf der Heimfahrt. Die alten Geheimräte der Eisenbahnverwaltung lieben wahrscheinlich die Amtstubenluft mehr als eine Frühlingswanderung, denn sie haben kein Verständnis für die Bedürfnisse der wertvollen Bevölkerung, die den Sonntag benützt, um der Großstadtluft zu entsorgen und für einige Stunden im Walde und am Wasser Erholung sucht.

Die Zahl derjenigen, die am Sonntag hinauswandern, hat sich gegenüber der Vorfrühlingszeit vervielfacht. Man sollte annehmen, daß die Behörden diesen Fortschritt begrüßen und ihrerseits alles dazu beitragen würden, den Verkehr zu erleichtern.

Nach den Erfahrungen des Vorjahres muß gefordert werden, daß die Eisenbahndirektionen Vorkehrungen treffen, durch die eine Wiederkehr der Zustände aus dem Vorjahr unmöglich wird. Dazu kann die Eisenbahnverwaltung dadurch beitragen, daß sie behelfsmäßige Züge einsetzt, die aus Wagen 4. Klasse bestehen. Solche sind durch Einschränkung des allgemeinen Verkehrs reichlich vorhanden. Auf jeden Fall muß aber dafür Sorge getragen werden, daß auch an den Zwischenstationen Züge einsetzt werden, damit nicht wieder Tausende Ausflügler stundenlang auf den Bahnhöfen stehen und nur volle Züge vorüberfahren sehen, ohne mitkommen zu können.

Anträge des Staatsanwalts im Sonnensfeld-Prozess

Der Angeklagte Herbert Sonnensfeld wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft darauf hingewiesen, daß er auch wegen Verletzung im Sinne der Bundesratsverordnung vom 3. Mai 1917, die von den Obliegenheiten der Kriegsgesellschaften angefallenen Personen handelt, verurteilt werden könne.

Hierauf nimmt Staatsanwaltschaftsrat Burghard das Wort zur Schuldsfrage.

Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seines Plädoyers schließlich Freisprechung von Paula Sonnensfeld von Frankenberg und Humann. Gegen Ernst Sonnensfeld beantragt er drei Jahre Gefängnis, gegen Hermann Sonnensfeld ein Jahr sechs Monate, gegen Gertrud Schlad eine Woche Gefängnis, bei allen drei unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft. Gegen Herbert Sonnensfeld werden fünf Wochen Gefängnis, gegen Antje vier Wochen Gefängnis beantragt sowie Einziehung der beschlagnahmten Gelder.

1. Verhaftungsbezirk Berlin-Mitte. Mittwoch, pünktlich 5 Uhr nachmittags, im Parteibureau, Breite Str. 89, Fraktions Sitzung, zu welcher auch hiermit die Mitglieder des Bezirksamtes eingeladen sind.

Verwaltungsbereich 6 (Halleisches Tor). Dienstag, 7 Uhr, Fraktions Sitzung, Schulaula, Mittenwalder Straße, Zimmer 4. Pressekommission. In dieser Woche findet keine Sitzung statt.

Milchbelleterung. Am Dienstag, den 15. März, werden die 1/4 und 1/2-Liter-Krankentarten voll beliefert. Am Mittwoch, den 16. März, erhalten die 1/2-Liter-Krankentarten keine Milch, die 1/4-Liter-Krankentarten werden voll beliefert. Am Donnerstag, den 17. März, werden die 1/4- und 1/2-Liter-Krankentarten wieder voll beliefert. Die übrige Belleterung bleibt wie bisher. Die angegebene Belleterung bezieht sich nicht auf die Zeit vom 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

Steinlich. Freitag, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr, Oberrealschule Eilenstraße, öffentliche Versammlung. Thema: „Wie wieder Krieg“. Ref.: Genosse Crispian. Genossinnen und Genossen, erscheint in Massen und erhebt Protest gegen jeden Krieg!

Bom elektrischen Strom gestört. Der 17jährige Hermann Schröder aus Tempelhof wurde in den Elektrizitätswerken Köpenicker Chaussee 70 heute früh, als er der Leitung zu nahe kam, vom elektrischen Strom auf der Stelle gestört.

„Ich habe nie einen Aufruf gesehen.“ wiederholte Peter. „Habe kein Wort davon gesehen, weiß nicht, worum es sich handelt.“

„Das wollen Sie mich glauben machen?“

„Eine Frau hat mir auf der Straße das Blatt gegeben. Au! Hören Sie auf! Jesus! Ich sage Ihnen, ich habe das Blatt nicht angesehen.“

„Sie wagen es noch weiter zu lügen?“ — schrie der Mann, von neuerlicher Wut überwältigt. „Trotzdem ich Sie zusammen mit den Roten sah? Ich kenne Ihre Pläne, werde schon die Wahrheit aus Ihnen herauspressen.“ Er packte Peters Handgelenk und begann es umzudrehen; Peter stellte sich fast auf den Kopf bei dem Versuch, sich zu befreien, und schrie in durchdringenden Tönen: „Ich weiß nichts! Ich weiß nichts!“

„Was haben denn die Leute für Sie getan, daß Sie sie derart schämen?“ fragte der andere. „Was wird es Ihnen nützen, wenn wir Sie aufhängen und die anderen entkommen?“

Peter jedoch schrie und schluchzte nur noch lauter: „Ich weiß nichts.“

„Es wird Ihnen gelingen, aus der Stadt zu fliehen.“ fuhr der Mann fort. „Wenn Sie gleich alles gestehen können wir sie noch fangen, und dann sollen Sie freigelassen werden. Verstehen Sie? Wir werden Ihnen nichts tun, wenn Sie gestehen, wer Sie angestiftet hat. Wir wissen, daß nicht Sie das Bombenattentat geplant haben, uns liegt daran, die großen Leute festzusetzen.“

Er begann, Peter zu schmeicheln, ihm gut zuzureden, wenn jedoch Peter wieder mit seinem aufreizenden: „Ich weiß nichts“ kam, drehte er ihm abermals das Handgelenk um, und Peter brüllte vor Schmerz und Angst auf — erklärte jedoch unentwegt, er könne nichts gestehen, wisse nichts über die Bombe.

Schließlich ward Guffey des nutzlosen Verhörs überdrüssig; vielleicht fiel ihm auch ein, dies sei ein allzu öffentlicher Ort für ein Verhör des „dritten Grades“; jemand könnte an der Tür lauschen. Er hörte auf, Peters Handgelenk zu festern, drückte Peters Kopf nach hinten, bis dessen erschrockene Augen in die seinen starrten.

„Hören Sie, junger Mann“, bemerkte er. „Ich habe jetzt keine Zeit für Sie. Aber Sie kommen ins Gefängnis, sind mein Gefangener, und seien Sie gewiß, früher oder später werde ich aus Ihnen alles herausbekommen. Vielleicht wird dies einen Tag währen, vielleicht einen Monat; schließlich jedoch werden Sie mir von diesem Bombenattentat berichten, mir gestehen, wer diesen Aufruf gegen die Kriegsbereit-

schaft drucken ließ, mir alles über die Roten erzählen. Dies sage ich Ihnen jetzt, überlegen Sie sich's, und in der Zwischenzeit halten Sie das Maul, sagen Sie keinem Menschen ein Wort, sonst werde ich Ihnen die Zunge aus dem Mund reißen.“

Ohne auf Peters Jammern zu achten, nahm er ihn beim Kragen, führte ihn so durch die Halle und übergab ihm einem Polizisten. „Bringen Sie diesen Mann ins städtische Gefängnis und behalten Sie ihn dort, bis ich komme. Gestatten Sie nicht, daß er mit jemandem spricht. Nacht er einen Versuch hierzu, so schlagen Sie ihm die Knie ein.“ Der Polizist packte der armen schluchzenden Peter beim Arm und zerrte ihn auf die Straße.

5.

Inzwischen war es der Polizei gelungen, die Menge zurückzutreiben und auf beiden Seiten der Straße Straße zu spannen. Innerhalb des derart umzäunten Raumes besanden sich etliche Ambulanzen und Polizeifarren. Peter wurde in einen dieser letzteren geschoben, ein Polizist setzte sich neben ihn, eine Glocke erklang; langsam fuhr der Karren durch das Gedränge. Eine halbe Stunde nachher erreichten sie das ungeheuer steinerne Gefängnis, und Peter wurde hineingeführt. Es gab keinerlei Formalitäten, Peters Name wurde in kein Buch eingetragen, noch wurde er nach seiner Herkunft befragt, noch seine Fingerabdrücke genommen. Eine höhere Macht hatte gesprochen, und Peters Schicksal war bereits besiegelt. Er wurde in einen Fahrstuhl gebracht, dann in Kellerräume geführt, schließlich über Stufen in noch niedriger liegende Räumlichkeiten gebracht. Hier erblickte er eine eiserne Tür mit einem winzigen Spalt an der Oberseite. Dies war das „Loch“; Peter wurde in die Dunkelheit gestoßen. Die Tür fiel ins Schloß, Riegel knarrten, dann tiefes Schweigen. Peter sank auf den kalten Steinboden, ein Häuflein klägliches, verzweifeltens Elends.

Die Vorfälle hatten sich mit derartiger Geschwindigkeit ereignet, daß Peter ihnen kaum zu folgen vermocht hatte. Nun jedoch hatte er genügend Zeit, hatte nichts außer Zeit. Er konnte das Ganze überdenken und den grausamen Streich erkennen, den ihm das Schicksal gespielt. Er lag da, die Zeit verging, er vermochte sie nicht zu messen, wußte nicht, ob Stunden oder Tage verfloßen. Es war kalt und feucht in der Steinzelle, sie wurde der „Kühraum“ genannt und dazu benützt, die Temperatur der Anfrühfrischen herabzubrühen. Es war ein mühsersparendes Mittel: man ließ den Mann ganz einfach dort liegen, vergab völlig auf ihn, und sein gestillter Geist tat das Nötige. (Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftliches

## Die Opposition in den Gewerkschaften und die kommunistischen Ziele

In dem Streit um die Absichten der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird von kommunistischer Seite öfters behauptet, daß die Bildung kommunistischer Zellen in den Gewerkschaften doch weiter nichts bedeute, als die Fortsetzung der bisherigen Opposition der Linken. Die Kommunisten beabsichtigten nichts anderes als die bisherige Linksoption, die ja auch in einigen Verbänden mit Erfolg versucht habe, auf die Leitung Einfluß zu gewinnen. Diese Behauptung ist aber nur scheinbar richtig.

Die kommunistische Zellenbildung hat in der vorjährigen Opposition der Unabhängigen in den Gewerkschaften kein Gegenstück. Ein solcher Vergleich ist keineswegs als richtig anzusehen. Die unabhängige Opposition in den Gewerkschaften wandte sich wohl gegen die verkehrte Politik der Leitung. Sie ging darauf aus, die Gewerkschaften auf politische Aktivität in revolutionärem Sinne einzustellen, eine Klärung in der Frage der Aufgaben der Betriebsräte herbeizuführen usw., aber sie hat nie daran gedacht, organisatorisch die Gewerkschaften auf eine bestimmte Partei einzustellen. Es lagen ideale und sachliche, keine organisatorischen Forderungen vor. Das Ziel der Kommunisten aber geht in der Hauptsache darauf hinaus, den Organisationsapparat der Gewerkschaften für den Dienst der kommunistischen Partei zu gewinnen, die Gewerkschaften sollen den Weisungen einer politischen Partei untergeordnet sein. Das bedeutet Aufhebung der freien Verfügungsgewalt der Gewerkschaften und damit Lähmung der Gewerkschaften in ihren Gegenwartsaufgaben. Die Forderung der unabhängigen Gruppe in den Gewerkschaften ging dahin, daß in revolutionären Situationen die Gewerkschaften ihren Einfluß auf politischem Ge-

biet in die Waagschale zu werfen hätten. Solange aber der Kapitalismus Herr der Betriebsstätten ist, darf der Gegenwartskampf um Lohn und Arbeitszeit nicht einen Augenblick aus dem Auge verloren werden. Politische Aktionen können fehlschlagen; dieserhalb muß aber doch die Gewerkschaft jederzeit intakt sein, um den wirtschaftlichen Gegenwartskampf bestehen zu können. Erst nach Übernahme der Produktion durch das Proletariat würden den Gewerkschaften andere Funktionen als bisher zufallen. Die kommunistische Argumentation bewegt sich in ganz anderen Gedankenengängen: Der Gegenwartskampf wird, wenn nicht gar als ausschüttslos verworfen, so doch gering geachtet. Man sagt, mit kleinen Lohn erhöhungen ist dem Arbeiter nicht mehr geholfen. Die Gewerkschaften müssen organisatorisch erobert und unter die Oberhoheit der kommunistischen Partei gestellt werden. Mit Hilfe der Gewerkschaften ist der letzte große Schlag gegen den Kapitalismus zu führen. Man steht im Grunde bei dieser Argumentation etwas individualistisches an sich. Der eine große Schlag muß uns erlösen.

Deshalb die Bildung sozialistischer Zellen in den Gewerkschaften, die dann neben der bisherigen Leitung im Lande zusammengefaßt werden sollen, bis hinauf zu einer eigenen Gewerkschaftszentrale. Die Zellen haben sich weiter der neuen Internationalen anzuschließen. Die bisherige Opposition in den Gewerkschaften hat durch Propaganda, durch geistige Aufklärung, die Gewerkschaften von innen umformen wollen, und sie tut es noch; aber niemals ist es ihr eingfallen, den notwendigen Gegenwartskampf, solange der Kapitalismus die Produktion in der Hand hat, gering zu schätzen. Die kommunistische Opposition greift dagegen in den organisatorischen Aufbau der Gewerkschaften ein und zerstört damit die Einheitspolitik des Volkes, die zu einem erfolgreichen Vorgehen erforderlich ist. Die notwendige, freie Verfügungsgewalt der Gewerkschaften ist aufgehoben, wenn eine fremde Stelle in wirtschaftliche Kämpfe hineinträte. Lehren aus Erfahrungen, die in jahrzehntelangen Kämpfen gesammelt worden sind, dürfen nicht in den Wind geschlagen werden. Die Aussichten des Erfolges für einen großen Allgemeinkampf richten sich nach der allgemeinen ökonomischen Lage in der internationalen

Weltwirtschaft. Ob der Zeitpunkt jetzt günstig ist, soll hier nicht erörtert werden. Nur das eine sei gesagt, daß diejenige Taktik vorzuziehen ist, die verhängt, daß bei einem möglichen Fehlschlagen eines solchen Allgemeinkampfes am Ende die Gewerkschaften als wirtschaftliche Kampforganisationen nicht zertrümmert am Boden liegen. Die alte Taktik der Gewerkschaften, die bis in die oberen Epochen in einer Anzahl von Verbänden noch getrieben wird, gilt es nach wie vor zu brechen. In der Zeit der Verchiebung der wirtschaftlichen Grundlagen ist die Einstellung auf politische Aktivitäten der Gewerkschaften einfach ein Umding. Ueberall, selbst in Amerika, macht sich auf Grund wirtschaftlich-kapitalistischer Umwälzungen als Gegenmaßnahme das Streben nach einer neuen Kampfstellung der Gewerkschaften bemerkbar. Der englische Gildesozialismus, die Betriebsrätebewegung überall, beweisen, daß die Dinge dazu treiben, daß in den Gewerkschaften eine Neuorientierung über ihre weiteren Ziele Platz greifen muß.

Das ist der Sinn der bisherigen Opposition in den Gewerkschaften, die, weil notwendig, nicht erlahmen, im Gegenteil, zum Ziele führen wird, sich aber von der Opposition der Kommunisten grundsätzlich unterscheidet.

## Englische Bergarbeiterkrisis

Der Londoner „Daily Herald“ berichtet ausführlich über die Krisis im Bergbau, die die stärkste seit dem Beginn der „Miners-Federation“ (Bergarbeiter-Verband) ist. Die Regierung will jetzt die industriellen Kontrollbestimmungen aufheben, die während des Krieges geschaffen wurden und den Bergarbeitern ein Lebensminimum sicherten. Die Bergarbeiter kämen wieder als „Herren im eigenen Hause“ in die Lage, nach kapitalistischen Profitgesetzen Kaubau zu treiben. Wenig ergiebige Gruben würden aufgelassen, eine allgemeine Lohnreduktion steht in Aussicht, und die Arbeitslosigkeit würde weiter emporkriechen. Dem Verlangen nach Sozialisierung des Bergbaues ist nicht nachgegeben worden. Eine Konferenz der Bergarbeiter tagte am 10. März in London und verlangte weiter die staatliche Kontrolle der Löhne und Profite, ein neues Lohnregulativ für 1921, das neun Zehntel des Ueberschusses für Löhne und ein Zehntel als Profit für die Unternehmer vorsehe.

Sollten diese Vorschläge nicht irgendwie im Interesse der Bergarbeiter angenommen werden, so sind die Bergleute entschlossen, den Kampf aufzunehmen. Die Grubenbarone planen eine große Aussperrung. Es stehen also große Wirtschaftskämpfe im englischen Bergbau bevor.

## Neues vom Lügenfeldzug der „Roten Fahne“

Die rote Fahne weiß in ihrer Nummer 116 vom 10. 3. zu melden, daß der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes habe einen in der Ortsgruppe Köbel in Medienburg tätig gewesenen Angefallten, dessen Namen sonderbarerweise verschwiegen wird, deshalb aus der Organisation ausgeschloffen, weil derselbe als Kandidat auf der Liste der KPD zum medienburgischen Landtag aufgestellt ist. Nach der hierauf durch die Mitgliedschaft erfolgten Wiederwahl des Vertriebenen sei der Ortsgruppe der Gesamtausschluß aus dem Deutschen Landesarbeiterverband gelehrt worden. Das sei skandalös.

Demgegenüber sei festgestellt, daß die in den einzelnen Ortsgruppen der Organisation tätigen Funktionäre in ihrer Gesamtheit ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausübten. Demzufolge sind dieselben als Verbandsangestellte nicht in Betracht zu ziehen. Ein in letzter Zeit vollzogener Ausschluß eines der Ortsgruppe Köbel angehörenden Mitgliedes ist nicht bekannt, wie überhaupt seit dem Bestehen derselben keinerlei Ausschließungen ihr angehöriger Mitglieder erfolgt sind. Auf völliger Unwahrheit beruht der der Ortsgruppe angeblich angebrochene Gesamtausschluß, der bisher noch keiner Ortsgruppe angebrocht worden ist. Wir empfehlen der „Roten Fahne“ von dieser Feststellung zwecks Befähigung an ihre Leser Kenntnis zu nehmen. Der Standart dürfte dadurch wirksamer werden.

Ob die „Rote Fahne“ nun solche Tarnnachrichten hinausposaunen, einstellen wird?

## Niederlage der Kommunisten

Aus Frankfurt wird uns mitgeteilt: Zu der Jahresgeneralversammlung der Gewerkschaft des Metallarbeiter-Verbandes Frankfurt a. M., die im Zoologischen Garten stattfand, hatten die Kommunisten alle Mann aufgebieten. Sie hatten bereits eine Stunde vor Arbeitsbeginn die Betriebe verlassen, um den Saal rechtzeitig besetzen zu können. Für alle Kammer enthielt die kommunistische Vorschlagsliste Namen, nur für den Posten des Kassierers nicht. Offen gaben sie zu, daß eine Befehlshaber dieser Stelle für sie Schwierigkeiten im Gefolge habe. Die Wahl der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten, sowie der Wirt- und Jugendkommission ergab den Sieg der Liste, die von den vereinigten Vertrauensleuten aufgestellt worden ist. Der bisherige Bevollmächtigte Kollege Mulansky wurde mit über 1500 Stimmen gegen etwa 500 kommunistische Stimmen wieder gewählt. Ebenso der bisherige Kassierer Kollege Ulrich, der 2000 Stimmen enthielt, da für dieses Amt kein kommunistischer Kandidat präsentiert worden ist. Die Kommunisten, die bis jetzt drei Mandate im Gewerkschaftsrat inne hatten, wurden nicht wiedergewählt.

Der Vorgang dieser Wahl beweist, daß allgemach die verkehrte kommunistische Taktik eingesehen und nun künftighin abgewehrt wird.

## Ablehnung der Moskauer Methode

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Zelle Berlin des Zentralverbandes der Glasarbeiter wurde nach einem Referat des Genossen Barth (Korrespondent Eckardt) mit Majorität die Verlesung der von der kommunistischen Partei eingebrachten Resolution abgelehnt. Bei der vor Schluß der Versammlung vorgenommenen Abstimmung über Moskau oder Amsterdam wurden für Moskau 157, für Moskau 148 Stimmen abgegeben. Die Hälfte der Anwesenden enthielt sich der Abstimmung.

## U.S.P.D. Generalversammlungsdelegierte des Buchbinder-Verbandes

Im Lokal von Schirm, Charlottenstr. 8, findet am Mittwoch, den 16. März, nachmittags 5 Uhr, eine Versammlung der Generalversammlungs-Delegierten statt, um zur kommenden Generalversammlung Stellung zu nehmen. Alle U.S.P.D.-Delegierten sind zum Erscheinen verpflichtet. Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft legitimieren.

## U.S.P.D. Funktionäre und Generalversammlungsdelegierte des Metallarbeiter-Verbandes

Der bereits angekündigte Vortrag des Genossen Stein über die Reparationsfrage und Weltwirtschaftskrisis findet am Dienstag, den 15. März, 6 1/2 Uhr, in den Brühlischen Al-Berlin-Flumenstr. 10, statt. Partei- und Gewerkschaftsmitglieder legitimieren.

## Berliner Verband Berlin-Brandenburg U.S.P.D. Die Geschäftsleitung: J. A. Frisch Schneider.

## Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission

In einer am 8. März abgehaltenen Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde ein Antrag des Charlottenburger Sportklubs angenommen, der die Sportbewegung unter den Jugendlichen mit Hilfe der Gewerkschaften auf eine breitere Grundlage bringen will, um den nationalistischen Jugend- und Sportvereinen entgegenzuwirken.

Der Obmann, Genosse Flemming, machte dann Mitteilung über die Bemühungen des Ausschusses, das hintere Saalgebäude des Volkshauses, das am 1. April d. J. in den Besitz der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgebung übergeht, zur weiteren Erhaltung von Versammlungen zu erhalten. Die Konsumgenossenschaft hat die Ablehnung verweigert, da ein Kon-

# Die Tragödie in den Karpathen

## Soldatenschinder Hiller zum fünften Male vor Gericht

Zum fünften Male stand am gestrigen Tage der frühere Oberleutnant beim Garde-Füsilier-Regiment, der jetzige Major Hiller, wegen Mißhandlung eines Untergebenen und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vor seinen Richtern. Wie bekannt, hatte sich der frühere Oberleutnant, zuerst vor dem Militärgericht zu verantworten, das ihn nur wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu 7 Wochen Festung verurteilte. Gegen dieses Urteil wurde beim Obergericht Berufung eingelegt und in der darauffolgenden Verhandlung wurde Hiller wegen Mißhandlung und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Weil jedoch die Befehle des Richterkollegiums vor diesem Forum nicht ordnungsgemäß erfolgt war, wurde das Urteil angefochten, und das Reichsmilitärgericht vernahm nunmehr nach Aufhebung der Militärgerichte den Fall Hiller-Helmhake an das Schwurgericht. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht fand am 14. Februar vor dieser Instanz in Moabit statt, doch konnte nicht lange verhandelt werden, da ein außerordentlich wichtiger Zeuge, der Bataillonsarzt des Angefallten, Nowak, Cotibus, nicht erschienen war.

In der neuen Verhandlung, die im Schwurgerichtssaal des Landgerichts III stattfand, führt den Vorsitz wiederum Landgerichtsrat Dr. Braun, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Sauer, während der Angefallte vom Rechtsanwalt Dr. Georg Hirschfeld verteidigt wird. Es folgt die Verlesung der Anklage, die dem Angefallten vorwirft, daß er im März 1916 als Kompanieführer der 12. Kompanie Garde-Füsilier-Regiment einem Untergebenen, den Garde-Füsilier Helmhake, eine Ohrfeige gegeben, ihn in den Rücken getreten, ihn beschimpft, an einen Baum gebunden und unter Entziehung des Essens in ein feuchtes Erdloch eingesperrt habe und durch diese Behandlung schließlich den Tod des Helmhake verursacht habe. Sodann wurde auch das erste Urteil gegen Hiller vom Kommandanturgericht Berlin verlesen.

Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld nahm dann das Wort zu längerer juristischen Ausführungen gegen die Zuständigkeit des Schwurgerichtes. Er stellte den Antrag, einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, erstens über die Zuständigkeit des Schwurgerichtes, zweitens, daß eine nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechende beauftragte Rechtsmittelinlegung vorliegt. — Staatsanwalt Sauer trat den Ausführungen des Verteidigers in längerer Debatte entgegen. Hierauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach sehr eingehender Beratung über die Anträge des Verteidigers erklärte der Vorsitzende, es liege für das Gericht kein Anlaß vor, von seinem Standpunkt in der früheren Verhandlung abzuweichen. Die Beurteilung der Berufung durch den Gerichtsherrn entspreche den gesetzlichen Vorschriften. Darauf hin wurde in die Vernehmung des Angefallten

eingetreten. Im Gegensatz zu seinen früheren Aussagen betont der Angefallte, daß der Unterstand, in dem Helmhake strafweise untergebracht wurde, nicht verschmutzt oder verfallt war, sondern ein sauberes, in dem Helmhake als Gefangener des Bataillons schon 5 oder 6 Tage darin gelegen habe, ohne an seiner Gesundheit Schaden zu nehmen. Wenn in der Gruppe Helmhake sich die Ansicht verbreitet habe, daß man den Gefangenen die Nahrung verweigere, so ist das nach Ansicht Hillers ein Trugschluß (!). In der Tat habe die Gruppe von dem Tage an, an dem sich Helmhake in dem Gefangenenloch befand, keine Verpflegung mehr für ihn empfangen. Helmhake sei vielmehr als Bataillonsgefangener aus dem Bataillon befreit worden. — Vorl.: Haben Sie Helmhake vor seiner Abführung in die Haft unterzogen lassen? — Angell.: Nein. — Vorl.: Es bestand aber nicht nur im Krieg, sondern schon vorher im Frieden, in der Armee der Befehl, daß ein Arrestant vor dem Antritt lärmender Arbeit ärztlich untersucht werden mußte. — Angell.: Diesen Befehl kannte ich nicht. — Vorl.: Sie sind doch aber Jurist, und da wird Ihnen doch aber sicherlich dieser Befehl einmal vor Augen gekommen sein. Außerdem haben Sie doch aktiv gedient und waren Referendarius. — Angell.: Ich habe einen beratigen Befehl erst im Jahre 1916 kennen gelernt.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angefallte weiter, daß das Anbinden an den Baum nur in den Mittagsstunden, in denen es damals ziemlich warm war, vollzogen worden sei. Das erste Mal hatte er Helmhake an den Baum binden lassen, weil dieser beim Lebensmittelpfang einen Käse gekostet habe, das zweite Mal, weil er unerlaubt dem Gewehrreinenigen ferngeblieben sei. — Vorl.: Sie sollen nun den Helmhake, als er aus dem Erdloch einmal zum Austreten geführt wurde, beschimpft haben mit Worten wie „Mistvieh“, „Was“ und dergleichen und sollen ihn ins Kreuz getreten haben. — Angell.: Das bestreite ich ganz entschieden. Die Zeugen, die das bezeugen, müssen sich geirrt haben oder verwechseln mich mit jemand anderem. Ich habe auch keinen Befehl gegeben, Helmhake die Nahrungsmittel zu entziehen. — Staatsanwalt Dr. Sauer: Haben Sie nicht einmal eine Ankerung getan, bei Ihnen gebe es keine Kranken, sondern nur Verwundete und Tote?

Angell.: Es ist möglich, daß ich etwas derartiges gesagt habe. Hierauf wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge der frühere Leutnant Schmidt vom Garde-Füsilier-Regiment vernommen. Der Zeuge, der im Kriege durch einen Schuß das Augenlicht vollkommen verloren hat, wird in den Saal hineingeführt und nimmt auf einem Stuhl vor dem Richter Platz. Leutnant Schmidt befindet sich, daß er in der fraglichen Zeit Jagdführer in der Kompanie des Angefallten gewesen sei und später, als Hiller wegen Verfehlungen von seinem Posten als Kompanieführer abgesetzt wurde, die 12. Kompanie des Garde-Füsilierregiments geführt habe. Von der Angelegenheit Helm-

hake wisse er nichts, da er zu dieser Zeit noch in der 5. Kompanie Dienst getan habe. Nur einmal seien ihm die dunklen Andeutungen gemacht worden, daß unter Oberleutnant Hiller irgendeine Sache vorgekommen sei.

Generaloberarzt Dr. Wagner richtet an den Angefallten eine Anzahl Fragen über seine Verwundungen, besonders seine Kopfverletzungen, um festzustellen, ob die

Verletzungen der Zeuge Schmidt sprach, etwa auf die Verletzungen Hillers zurückzuführen seien. Der Angefallte erklärte hierzu, daß keine Kopfverletzungen infolge der langwierigen Transporte mehrmals einer starken Bereicherung ausgeht waren. — Rechtsanwält Dr. Hirschfeld: Unmöglich seiner zweiten Kopfverletzung ist der Angefallte im Feuer geblieben, bis ein Korporalekier ihm sagte: „Mensch wollen Sie wohl zurück, Ihr Schädel ist ja zerflittert!“

Dann wurde Dr. Müller vernommen, der in den Karpathen Militärarzt bei der 12. Kompanie war. Er schildert ausführlich die Krankheitsverläufe der damals noch unbekanntem Seuche, an der die Mannschaft mitunter in wenigen Stunden verstarb. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Arrestanten vorher auf ihren Gesundheitszustand untersucht habe, erklärt der Zeuge, daß das damals nicht üblich gewesen sei. — Staatsanwalt Dr. Sauer: Hat der Angefallte seinen Leuten gegenüber rohe Ausdrücke gebraucht? — Zeuge: Nur solche, wie sie auf dem Kasernenhof üblich waren. (Heiterkeit, die der Vorsitzende energisch rügt.)

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kam es dann bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des Bureaubieners Berlin. Der Zeuge schildert, er habe beobachtet, daß Hiller den an den Baum gebundenen Helmhake geohrfeigt und später, als Helmhake von Krankenpflegern aus seinem Erdloch herausgezogen wurde, in das Gesicht getreten habe. Er, der Zeuge, habe vor dem Erdloch, in dem Helmhake gefangen lag, Posten gestanden und dem im Fleher wimmernden Helmhake Schneewasser zu trinken gegeben, obwohl der Gruppenführer Ruhe am Tage vorher den Leuten seiner Gruppe ausdrücklich verboten habe, den Gefangenen

etwas zu fressen oder zu lassen zu geben. — Vorl.: Herr Zeuge, Sie sollen unlängst, wie die Freiheitskämpfer geltend macht, wegen Erpressung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden sein. — Zeuge Berlin: Ja, wohl, zu vier Monaten. Aber das sind Familienangelegenheiten. Ich habe einen Mann, der mit meiner Frau früher ein Verhältnis hatte, dem ein Kind entstammt, zur Zahlung der Alimamente zwingen wollen. — Rechtsanwält Hirschfeld: Die Sache ist etwas anders. Der Zeuge hat einen Mann, der die Frau des Zeugen vor ihrem 16. Lebensjahre verführte, mehrere tausend Mark erpressen wollen. Im übrigen habe ich zu der Aussage des Zeugen noch mancherlei zu bemerken. Wie aus der Stammtafel Berlins hervorgeht, ist der Zeuge erst am 12. März zur 12. Kompanie gekommen. Helmhake ist aber am 18. März an den Baum gebunden worden. — Zeuge Berlin: Ich als gemeiner Füsilier konnte diesem Kompanieführer keine Meldung machen, ohne befürchten zu müssen, daß er mich selbst an einen Baum binde.

Dann wurde der Zeuge Pichterfeld vernommen, der anmaß, daß der Angefallte den Helmhake mit Anbinden bestrafen ließ, weil der letztere infolge seiner Krankheit nicht zum Gewehrreinenigen erschien. Der Zeuge hat ebenfalls gehört, daß Ruhe den Leuten der Korporalschaft verbot, Helmhake Essen oder Trinken zu verabfolgen. Beim Transport Helmhakes aus dem Unterstand zur Latrine bemerkte der Zeuge, daß der Krankenpfleger Orth den hilflosen Helmhake, der sich nicht mehr auf den Beinen halten konnte, vor sich her ließ. Dagegen erklärte der Zeuge, er habe nicht gesehen, daß Helmhake von Hiller geschlagen oder gestochen worden sei.

Der nächste Zeuge ist der Maurer Sebastian Kaiser, der damals als Deserteur in demselben Erdloch, in dem Helmhake sich befand, gefangen gehalten wurde. Er bezeugt, daß Hiller sich eines Tages den Helmhake vorführen ließ und ihn, als dieser infolge übergroßer Schwäche vor seinem Kompanieführer keine militärische Haltung einnehmen konnte, anführte:

Du Schwein, bist Du noch nicht verreckt! Schlägt das Schwein tot! Dann habe der Angefallte dem Helmhake einen Fußtritt verfehlt. In den drei, vier Tagen, die er mit Helmhake in dem Erdloch zusammen war, so bezeugt der Zeuge, habe er von der Kompanie kein Essen bekommen. Nur heimlich sei ihm ab und zu von seinen Kameraden etwas zugesteckt worden.

Der Zeuge Bollberg, ein früherer Unteroffizier aus der Kompanie des Angefallten, will gesehen haben, wie Hiller den an einen Baum angebundenen Helmhake geschlagen oder gestochen habe. Wo der Schlag hingetroffen habe, hat der Zeuge nicht gesehen. Ueberhaupt sei

Schlagen und Stoßen bei Hiller an der Tagesordnung gewesen.

Des weiteren bezeugt der Zeuge, daß er von dem Befehl gehört habe, wonach Helmhake in seinem Erdloch kein Essen bekommen hätte. Nach dessen Tode habe dann der Kompanieführer Knüller im Unterstand des Kompanieführers zufällig mitangehört, wie Hiller zu dem Bataillonsarzt Dr. Müller geäußert habe: Wir müssen die Sache so deckeln, daß uns keiner an den Wagen fahren kann. — Zeuge Dr. Müller: Es ist möglich, daß eine derartige Äußerung gefallen ist, aber Oberleutnant Hiller wollte wohl damit sagen, man müsse sich vorsehen, daß der Fall nicht von irgendeiner Seite ausgedeutet würde. — Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge Bollberg dann weiter, Hiller habe viel mit einem Stod oder mit einem Spaten geschlagen. Ausdrücke wie „Sau“, „Schwein“, „Was“ seien bei ihm an der Tagesordnung gewesen. Außerdem habe er viel getrunken. Hierauf wurde die Verhandlung am Dienstag früh beendet.



Sau der Gabe zu Lagerräumen statfinden muß. Somit müssen nun die einzelnen Gewerkschaften sehen, wo sie nach dem 1. April ihre Versammlungen abhalten können. Nach einer längeren, teilweise erregten Debatte, in der die Genossen Henkel, Herzog und Zippel die Taktik der S. P. D.-Genossen, die den Verkauf des Volkshauses vollzogen haben, ins rechte Licht gerückt hatten, wurde beschlossen, mit dem Besitzer Paul Hirsch nochmals in Verbindung zu treten, damit die übrigbleibende Summe von zirka 100 000 Mark den Gewerkschaften zum Erwerb eines neuen Hauses überlassen und sodann dem Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission zur sicheren Hinterlegung überwiesen werden soll. Mit großer Majorität wurde dann ein Antrag angenommen, der die Gewerkschaftsmitglieder warnt, an einer Abschiedsfeier vom Volkshaus, die von der S. P. D. veranstaltet wird, teilzunehmen.

Hierauf erörterte Genosse Flemming die neuen Sätze, unter welchen jetzt die Gewerkschaftsarbeiten vor sich gehen sollen. Dergleichen ging er auch auf die Bestrebungen zur Schaffung eines zentralen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ein. Die Versammlung sprach sich daraufhin für ein Bestehenbleiben der Vorortsgewerbegerichte aus. Gegen ein zentrales Kaufmannsgericht sei nichts einzuwenden. Ueber die kommenden Wahlen zum Ausschuss und Vorstand der Uta. Ortskrankenkasse soll die Agitation regen betrieben werden und eine einheitliche freigewerkschaftliche Kandidatenliste aufgestellt werden. — Die nächste Sitzung findet am 22. März statt.

### Gewerkschaftskommission Erkner

Am Freitag, den 11. März, fand eine Vollversammlung (Delegierte, Betriebsräte, Arbeitslosenrat) statt. Der Obmann Weiss besprach die Zentralisation der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Diskussion ergab, daß man nicht gegen die Zentralisation sei, aber die Errichtung eines Vorort-Gewerbegerichts für erwünscht hält. Die Verhandlungen über die Errichtung eines Betriebsrätekurzes in Friedrichshagen sind soweit gediehen, daß die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Groß-Berlin sich bereit erklärte, einen Betriebsrätekurzus zu errichten. Der „Ausschuss“ hat sich mit der Unterkommission Friedrichshagen diesbezüglich in Verbindung gesetzt. Nähere Daten werden noch bekanntgegeben. Weitere Anmerkungen von Kollegen, die noch an den Kurzen teilnehmen wünschen, nimmt der Obmann, K. Weiss, Erkner, am Mittwoch, entgegen. Der ankommende Arbeitslosenrat gab einen Bericht über die hiesige Arbeitslosenbewegung. An Hand der Ausführungen, und der sich anschließenden Diskussion stand die Vollversammlung auf dem Standpunkt, daß die bisherige Tätigkeit der Arbeitslosen gerecht werden. Eine Kommission wurde mit der praktischen Lösung diesbezüglicher Fragen beauftragt. Gewerkschafts-Unterkommission Erkner.

Zimmerer. Freitag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 5, findet eine Vertrauensmänner-Versammlung aller im Hoch-, Tief- und Fabrikbetriebe Beschäftigten statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Neuwahl der Betriebsräte. 2. Betriebsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Weiter geben wir hiermit bekannt, daß alle Kameraden, welche im Kohlenbetriebe beschäftigt waren, im Laufe dieser Woche bis spätestens Freitag, den 18. März, sich im Verbandsbureau zwecks Abholung der rückständigen Arbeitslosenunterstützung einzufinden haben. Verbandsbuch sowie Entlassungsbescheinigung sind mitzubringen.

U. S. P. D. Mitglieder des Verbandes der Maler und Lackierer. Mittwoch, den 16. März, abends 7 Uhr, bei Schulz, Am Königsgraben 2, wichtige Versammlung. Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft legitimieren.

## Steuerfreiheit für Spekulationsgewinne

Der Steueranschuß des Reichstags begann am Montag die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes. Die bürgerlichen Parteien hatten die Absicht, die unter sich herbeigeführte Verständigung über die Nichtbesteuerung der einmaligen Spekulationsgewinne und über die Abrechnungen möglichst schnell und geräuschlos unter Dach und Fach zu bringen. Der Verlauf der Sitzung entsprach aber nicht ganz ihren Wünschen, da die sozialistischen Parteien sich selbstverständlich energisch gegen diese überaus weitgehende Steuerübernahme der Besitzenden wandten. Auch der Finanzminister Wirth machte lebhafteste Bedenken gegen die Beschlüsse der ersten Lesung geltend, da sie Borkwürfe verschiedenster Art auslösen könnten, die den kommenden Steuerprojekten sehr abträglich wären. Es muß verhindert werden, das einzelne, die starke Produktionsmittel haben, durch hohe Abschreibungen eine starke Steuerentlastung sich schaffen können und gegen andere (bei denen dies nicht zutrifft) in Vorteil kämen. Zumindest muß es dem Ermessen des Reichsfinanzministers überlassen werden, nach einer Uebergangszeit die diesbezüglichen Bestimmungen aufzuheben.

Die Abg. Dr. Hestrich (D. N.) und ten Hompel (Z.) bestritten die Absicht der Antragsteller, einem bestimmten Kreis von Personen Vergünstigungen zu schaffen. Abg. Reil (Soz.): Die kapitalträchtigen Unternehmer würden geneigt sein, durch Anläufe von Vermögenswerten möglichst große Beträge der Steuer zu entziehen. Wenn man an eine Verschärfung der Verbrauchssteuern denkt, darf nicht eine volle Steuerfreiheit der Rücklagen durchgesetzt werden. Im Hinblick auf den Bedarf des Reiches und der Länder muß dieser Plan abgemessen werden. Abg. Koffel (U. S. P.) schließt sich diesen Darlegungen an und erklärt, den Absichten der bürgerlichen Parteien den härtesten Widerstand entgegenzusetzen zu wollen. Abg. Pohlmann (Dem.) hofft auf eine Verständigung mit dem Finanzminister. Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung stattfinden.

## Und doch Brotpreiserhöhung!

Riesenprofite der Landwirte — kein Unglück

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Montag u. a. der Etat des Ernährungsministeriums beraten. Da die Regierung bisher ihre Absichten über die Erhöhung der Brotpreise zu verschleiern gesucht hatte, erzielte Abg. Herz (U. S. P.) um genaue Auskunft über ihre Pläne. Im Gegensatz zu den bisherigen Erklärungen der Regierung, eine Erhöhung der Brotpreise sei nicht geplant, enthalte die den Käufern in London überreichte Denkschrift über den Haushalt des Deutschen Reiches Bemerkungen, die davon zeugen, daß diese Angabe falsch sei. Es heiße in der Denkschrift:

„Es ist aber beabsichtigt, den Brotpreis künftig so zu erhöhen, daß ein wesentlicher größerer Teil des ausländischen Getreidepreises als bisher in dem Brotpreis gedeckt wird. Wie hoch die notwendigen Verbilligungsmittel im Rechnungsjahr 1921 sein werden, läßt sich jetzt noch nicht übersehen.“

Minister Hermes erwiderte, daß im laufenden Erntejahre eine Erhöhung des Brotpreises nicht beabsichtigt sei. Er wisse nicht, woher die Versicherungen in der Denkschrift stammen, eine Erhöhung der Brotpreise aber sei notwendig, ebenso ein Abbau der Verbilligungsaktion des Reiches. Abg. Herz stellte sodann fest, daß die Antwort des Ministers völlige Klarheit über die Absicht der Regierung gebracht habe. Das sei für die Arbeiterschaft um so bedeutsamer, als der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erst kürzlich in einer Besprechung auf die unabwehrbaren Gefahren dieser Absichten hingewiesen habe, und daß damals Minister Hermes die Möglichkeit in Aussicht gestellt habe, die Brotpreiserhöhung zu vermeiden. In einer Erwiderung

suchte Hermes den unangenehmen Eindruck dieser Feststellung abzuschwächen. Das künftige Wirtschaftsjahr liege sich überhaupt noch nicht übersehen. Und ob der Weizenpreis eine Veränderung erfahren, sei deshalb jetzt auch noch nicht zu beantworten. Abg. Herz stellte daraufhin den Gegensatz zwischen den ersten und den zweiten Darlegungen des Ministers ausdrücklich fest. Die Arbeiterschaft wisse, wessen Angaben sie mehr zu glauben habe, den Angaben des Ministers oder den Denkschrift über den unbestimmten des Ministers.

Der im Ernährungsministerium herrschende Kurs, die einseitige Begünstigung der Agrarier, trat aber noch deutlicher bei einer andern Anfrage des Abg. Herz hervor. Er erzielte um Auskunft über die Entwidlung des Viehbestandes, des Abschlusses von Schweinemastverträgen und über die Erfahrungen über die Abgabe mit verbilligtem Mais an die Landwirte. Herr Hermes schickte sich über diese fiktigen Fragen aus und ließ einen Regierungssprecher antworten. Dessen Antwort aber war eine vollkommene Befriedigung all der Befürchtungen, die seinerzeit bei der Bewilligung des ungeheuerlichen Betragtes von 1½ Milliarden Mark von den Unabhängigen geltend gemacht wurden. Es ist jetzt kein Zweifel mehr, daß dieser verbilligte Mais nicht zu einer Förderung der Viehzucht geführt hat, sondern nur zu einer Bereicherung der Landwirte auf Kosten der Allgemeinheit, denn sie verkaufen den Mais und stecken die Kiefernprofite, die sie damit auf Reichsflößen erzielen, in die eigenen Taschen. Auch auf die überaus wichtige Frage, wieviel Brotpreise die Regierung durch die Zumeisung von verbilligtem Mais erhalten habe, wurde keine Antwort gegeben. Daß der Mais aber an der Börse gehandelt wird, daß zahlreiche Großgrundbesitzer dadurch ein Kieferngeschäft machen, daß Deunereien den Mais aufkaufen und verbrennen, das alles bezeichnete der Regierungssprecher ausdrücklich als „kein Unglück.“

Da die Regierung trotz weiteren Drängens sich nicht zu näheren Angaben bereit fand, wird vieler ungeheurerliche Skandal gegenwärtig sehr ausführlicher Besprechung im Plenum des Reichstages sein müssen.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages einigte sich in seiner Montagssitzung dahin, bei der Staatsberatung jeweils nur einen Redner vorzuschicken. Ausgenommen soll der Etat des Innern mit zwei Rednern sein. Doch wurde gewünscht, daß dabei die Redner mit einer Redeseit von 30 Minuten auskommen. Dadurch hofft man, die Staatsberatung noch in dieser Woche abzuschließen. Der Wiederbeginn der Beratungen nach der Osterpause ist noch nicht festgesetzt. Dem Präsidium liegt ein Antrag vor, nicht vor dem 12. April wieder zu beginnen. Mit Rücksicht auf die Verschiebung der Parteilisten wird nach der Osterpause auch eine Neubesetzung der Ausschüsse und des Präsidiums in Aussicht genommen. Ein Vorschlag von den Unabhängigen geht dahin, 4 Vizepräsidenten zu wählen, da das den gegenwärtigen Parteiverhältnissen im Reichstage am besten entsprechen würde, da es außer der Sozialdemokratie noch vier fast gleich starke Parteien gibt.

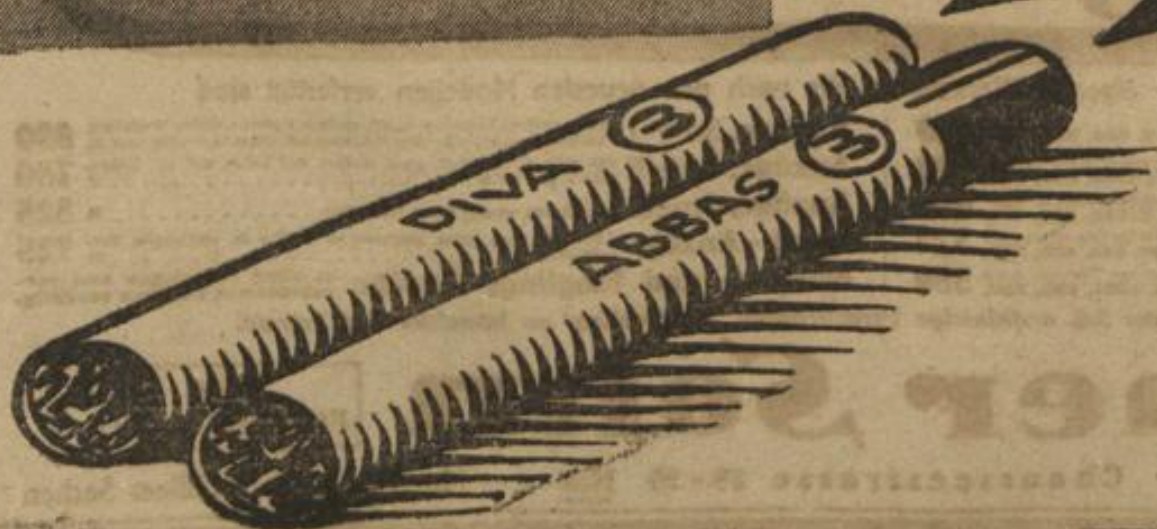
Der 66. rheinische Provinziallandtag trat am Sonntag in Düsseldorf zusammen. Auf Befehl des französischen Oberkommandierenden der Besatzung nimmt ein französischer Offizier an den Beratungen teil. Zum ersten Vorsitzenden des Provinziallandtages wurde Oberbürgermeister Gießen (Zentrum) in München-Gladbach gewählt, zum ersten Stellv. Vorsitzenden Wiesenfeld (deutschnat.), Barmen, zum zweiten Stellv. Vorsitzenden Gaderich (sozialdemokr.) in Düsseldorf.

Der „Simplizissimus“ im besetzten Gebiet verboten. Nach einer Verlautbarung in dem in Mainz erscheinenden „Echo du Rhin“ hat die Rheinlandkommission den „Simplizissimus“ für drei Monate im besetzten Gebiet verboten und zwar, wie es in der Bekanntmachung heißt, wegen beleidigender Zeichnungen, die die Würde der Besatzungsarmee berührten.

24-Stunden-Reit in Oesterreich. Mit dem 1. Juni d. J. wird auf den österreichischen Staatsbahnen die 24-Stunden-Zeit eingeführt.

Die neu eingetroffene große Sendung vorzüglicher aromatischer Orienttabake wird ausschließlich zur Herstellung unserer beiden beliebten 40 Pfg. Zigaretten **ABBAS** und **DIVA** (GOLD) (O/T) verwendet!

**MANOLI**  
BERLIN



Die besten  
**40 Pfg.**  
Zigaretten



